

Annoncen
Annahme-Bureau:
In Posen bei
Hrn. Krupski (C. H. Ulrich & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Friedrichstr. Ecke 4;
in Grätz b. Hrn. L. Streissand;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig,
Hamburg, Wien und Basel:
Haasenstein & Vogler.

Annoncen
Annahme-Bureau:
In Berlin,
Wien, München, St. Gallen:
Rudolph Moes;
in Berlin:
A. Klemeyer, Schloßplatz,
in Breslau,
Kassel, Bern u. Stuttgart:
Bachse & Co.;
in Breslau: R. Jenke;
in Frankfurt a. M.:
G. L. Danke & Co.

Posener Zeitung.

Dreiundfünfzigster

Jahrgang.

Mr. 82.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierthalbjährlich für die Stadt Posen 14 Thlr., für ganz Preussen 24 Thlr. 24 Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslands an.

Donnerstag, 7. April

Insferne 14 Sgr. die fünfgeschwante Zelle oder deren Raum. Reklamen verhältnismäßig höher, um die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1870.

Amtliches.

Berlin, 6. April. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Allerhöchstthrem General-Adjutanten, dem General-Lieutenant z. D. Grafen zu Münster-Meinholz, den Roten Adler-Orden 1. Kl. mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe, sowie Allerhöchstthrem Flügel-Adjutanten, dem Obersten Frhren. v. Steinacker, den Roten Adler-Orden 2. Kl. mit Eichenlaub und dem Obersten v. Stiehle, Abtheilungs-Chef im großen Generalstabe, das Kreuz der Ritter des Reg. Haussordens von Hohenzollern; sowie dem Geh. Ober-Reg.-Rath Noah, vortragenden Rath im Ministerium des Innern, den Stern zum Roten Adler-Orden 2. Kl. mit Eichenlaub; und dem Sanitäts-Rath Dr. Fricke in Burg den Charakter als Geh. Sanitäts-Rath zu verleihen; den bisherigen außerordentlichen Professor Dr. Schroeder in Bonn zum ordentlichen Professor in der juristischen Fakultät der dortigen Universität zu ernennen; den Wahlen des Oberlehrers am Gymnasium zum Grauen Kloster in Berlin Professors Dr. Kempf zum Direktor des Friedrichs-Gymnasiums dafelbst und des Oberlehrers an diesem Gymnasium Professors Dr. Runge zum Direktor der Friedrichs-Realschule da-selbst die Allerhöchste Bestätigung zu ertheilen.

Dem bisherigen Kais. französischen Konzil zu Boston, Bellague de Bugha, ist Namens des Norddeutschen Bundes das Exequatur als Kais. französischer Konzil zu Danzig ertheilt worden.

Das Gesetz wegen der Prämienanleihen.

Die schlechtesten Gesetze sind allemal die der Oportunität und in den meisten Fällen sind sie nichts weiter als Flicken die man auf ein morschtes Gewand heftet. Bald aber entstehen an anderer Stelle neue und schlimmere Risse die man wieder mit neuen Flicken verdeckt, bis endlich der zusammengeflickte Mantel als unbrauchbar in die Mühle wandert.

Ein solches Oportunitätsgebet ist das von den Abgeordneten Braun und v. Kardorff im Reichstage eingebrachte, über die Aussage und den Vertrieb von Papieren welches den großen Fehler hat, daß es der jetzt grafsirenden wirtschaftlichen Pest nicht nur kein Ende macht, sondern sie gewissermaßen als existenzberechtigt gesetzlich regeln will. Damit meinen wir, daß nahe an den Betrag gränzende System der jetzigen Prämienanleihen; jenes Spielsystem, welches längst von jeder gesunden Finanz- und Volkswirtschaft verurtheilt zumeist von solchen Staaten und Gemeinden betrieben wird, die auf solide Weise kein Darlehen erhalten können. Es haben zwar finanziell gut situierte Staaten wie Baden, Hessen, Bayern, Braunschweig und unter den Großstaaten der preußische seit längerer Zeit das Mittel der Prämienanleihe ebenfalls benutzt, obgleich sie gewiß keine dringende Ursache hat vom graden Wege der nur zinstragenden Anleihe abzuweichen, aber bei diesen Anleihen war neben der mit Prämien ausgestatteten Amortisation, ein dem landesüblichen entsprechender Zinsatz festgehalten, so daß die laufenden Zinsen aus drei oder vier, die Prämien aus dem vierten oder fünften Zinsthaler gebildet wurden, oder die Eintheilung war derartig, daß in dem einen Jahre Kapital nebst angesammelten einfachen Zinsen in dem anderen das Kapital mit Prämien (letztere aus ange-sammelten Zinsersparnissen gebildet) ausgeloost wurden.

Obgleich wir uns selbst mit diesen, unter allen bekannten Prämienanleihen reellsten, wenig befrieden können, indem wir dem Prinzip treu bleiben, daß wir ebenso wie England, Amerika und Frankreich die aufzunehmenden Anleihen nur mit Zins oder Rente ausstatthen sollen, so können wir die genannten deutschen Staaten wegen ihrer immer noch reellen auf Zinsvertheilung beruhenden Prämienanleihen entschuldigen, obzw. jede Prämienzahlung im Grunde nichts Anderes bedeutet, als daß der Staat an Stelle des marktmäßigen je nach seiner Kreditwürdigkeit zu bestimmenden Zins einen niedrigeren, und diesen obenein noch in Form eines Lotterielooses giebt. Aber dieser Manipulation gegenüber, ist die modernste Art und Weise der auf den Markt gebrachten Prämienanleihen, nichts weiter als ein Hazardspiel. Dies geschah z. B. bei den finnändischen Losen. Die Finnländer konnten selbst gegen 6 Prozent Zinsen nirgends ein Darlehen erhalten, sie änderten demnach ihr Anleiheprogramm, indem sie einen 5prozentigen Zinsatz in Lotteriegewinne umwandeln. Jetzt wurden, wo früher zu 6 Prozent nirgends Geld für Finnland aufzutreiben war, die 2,400,000 Thlr. sogar bedeutend überzeichnet, obzw. die Darleher das ganze Kapital verlieren, weil die fünf Prozent, welche sie alljährlich als Zins empfangen sollten, ihnen nun in Form von Lotteriegewinnen als Amortisation der Schuld verabreicht wird. Finnland hat somit von Preußen, ohne Garantie des russischen Staates, ein zins- und stempelfreies Darlehen von 2,400,000 Thlr. erhalten, während unsere Gutsbesitzer und Landwirthe von Russland aus, durch eingeschleppte Viehseuche, Kinderpest und Cholera entzündigt werden. Wo sie ihre Hypotheken unterbringen, ist ihre Sache; wir senden unser Geld nach Finnland, Bokarest, Mailand, Benedict, Neapel, der Stadt Mori dem Grafen Pappenheim gegen Sieben-Guldenloose, die das Kapital sogar nur mit 1½—2½ Prozent ohne jeglichen Zins zurückverloosen, wir leihen es der Rockford-Eisenbahn und ähnlichen amerikanischen Hinterwälderbahnen, für die es im kapitalreichen Newyork keinen Dollar Kredit giebt, wir haben beidermäßig viel Geld, aber nur nicht für uns.

Das Schlimmste aber ist, daß es bei diesen misérablen Vorstellungungen, um den kleinen Leuten ihr Geld abzulocken, nicht bleibt, sondern nebenher in Frankfurt, in Hamburg und Mainz von Privatlottereuren Zweiglotterien auf eigene Rechnung betrieben und Lose ausgetragen werden, welche das Volk ebenso demoralisieren und zu Grunde richten, als früher die Lottos. Beim Original-Prämienloose hat der Besitzer allenfalls noch die

kleine Sicherheit, daß sein Loos, wenn auch lange nach seinem Tode, zurückgezahlt wird. Zwar erhält er beim Verkauf oft kaum die Hälfte oder höchstens nur zwei Drittel von dem, was er dafür gezahlt hat, aber er erhält doch immer noch etwas, und am Ende steht eine Kommission, eine Provinz oder gar ein Staat als Schuldnier auf dem Papier. Jene Privatloose aber sind offenbar nur unsichere Anteilscheine an irgend welche österreichische oder russische Prämienloose, die der Kollekteur zu besitzen vorgibt. Eine solche von Privatleuten auf eigene Hand errichtete Lotterie ist ohne jegliche Kontrolle; ohne Spielplan, ohne Angabe der Zahl der auszugelösten Lose bietet sie auch nicht die allergeringste Garantie, daß der Aussteller die Mittel oder auch nur den Willen besitzt, einen Gewinn jemals auszuzahlen zu wollen. Dieses Prämienanleihenbeweis, wie es sich in Deutschland eingestellt hat, von den Regierungen geduldet und von Kapitalisten zur Plünderung der Massen benutzt wird, ist der Nagel zum Sarge unseres öffentlichen Kreditsystems; es untergräbt den Volkswohlstand, wie das Lotto und Lotterieunwesen in Österreich, in Italien, in Dänemark es gethan, wie in England zur Zeit, als die „Lottery offices“ jene öffentlichen Komptoirs zum Wetten noch existirten.

Der nun von den Herren Braun und v. Kardorff eingereichte Gesetzesvorschlag, soll und kann diesem Uebel durchaus nicht abhelfen. Er soll nicht, denn die Prämienanleihen werden unter einigen sehr milden Bedingungen gestattet; es sollen künftig nur verzinsliche Prämienpapiere oder solche, wo die Prämien weniger als ¼ des Zinsfusses, oder auch weniger als 1 Prozent des Normalkapitals betragen, — auszugeben gestattet sein. Das Gesetz kann auch dem Uebel nicht abhelfen, denn wenn z. B. der Bokarester eine neue Prämienanleihe von 20 Millionen Franks in Preußen auflegen will, so ist es ihm unverwehrt, sobald er 3 Prozent Zinsen zahlt und ½ Prozent der Art zu Prämien verwendet, daß stets nur zwei oder drei hohe Gewinne als Lottpreise einige mittlere von 50 bis 100 Franks und der Rest im Nominalwert der Lose ausgelöst werden. Die Stadt Bokarest kaufte für das von uns zu 3½ Prozent stempelfrei entliehene Kapital, das ihr mit Provision re, vielleicht 3¾ Prozent kosten kann, preußische 4½ prozentige Reute und kann mit dem Ueberschuz, d. h. mit unseren Steuern ihre bokarester Bürger von alien Städten abziehen. Schone Absicht für uns.

Deshalb behaupten wir, daß dieses Gesetz die wirtschaftliche Krankheit nicht heilt, sondern nur verlängert indem es eine Radikalkur hindert. Das beste Gesetz wäre, zunächst die Privatlotterien total zu verbieten, ebenso alle neuauftulenden ausländischen Prämienanleihen, ferner wären die im Lande vorhandenen einer Stempelsteuer zu unterwerfen, welche vor dem Verkauf oder vor einer Verpfändung erlegt werden muß.* Endlich dürfte von jetzt ab kein Bundesstaat ohne jedesmal speziell zu erlassendes Bundesgesetz eine neue Prämienanleihe emittiren. Dies sind die dringendsten Reformen, die wir brauchen, aber jene Hinterthür, die breit wie ein Scheunenthor dem offensabrenen Hazardspiel offiziellen Eingang verschaffen soll, ist völlig überflüssig; wir hätten nur ein schlechtes Gesetz mehr. David Born.

*) Wir glauben, eine solche Steuer könnte leicht umgangen werden, indem die Durchführbarkeit dieser Maßregel vorausgesetzt, würde es sich doch noch fragen, ob nicht unser Börsengeschäft gegenüber dem des Auslands zu sehr beeinträchtigt würde. Red. d. Pos. 3.

Deutschland.

△ Berlin, 6. April. Das Wiener „Vaterland“ wird von der galizischen Presse mit großem Lärm angegriffen, weil es in einem längeren Artikel den Einfluß der Polen auf das gegenwärtige Regiment in Österreich beleuchtet, an die Sympathien, die Graf Beust belauert haben schon in Dresden für die Polen an den Tag legte, erinnert, und schließlich den persönlichen Einfluß des Fürsten Czatoryski in Wien dargestellt hatte, um daraus den Schluss zu ziehen, es gäbe im Auswärtigen Ministerium in Wien ein geheimes polnisches Departement. Die Vermuthung des „Vaterland“ scheint aber gar nicht unbegründet zu sein, denn es ist nicht zu bezweifeln, daß Graf Beust durch Klaczko mit den polnischen Klubs in Lemberg in mehr oder minder direkter Weise Verbindung unterhält. Wohl nicht mit Unrecht wird die Beauftragung des Grafen Potocki mit der Bildung eines neuen Ministeriums auf Einwirkung des Reichskanzlers zurückgeführt und sehr vieles spricht dafür, daß damit das Polenthum noch mehr als bisher in den Vordergrund des österreichischen Staatslebens treten wird. Man spricht in gewissen Kreisen davon, daß dieses Ministerium den Willen zu einer französisch-österreichischen Allianz mit Bezug auf die polnische Frage bedeute, wobei indeß daran zu erinnern ist, daß Österreich schon einmal (1864) Frankreich in Betreff dieser Frage in sehr verdrießlicher und in Paris lange nicht verwunderlicher Weise getäuscht hat. — Aus den Andeutungen der heutigen „Prov.-Korr.“ über die Arbeiten des Reichstags ist erfichtlich, daß die Bundesregierungen noch immer an der Hoffnung festhalten das Strafgesetzbuch zu Stande zu bringen. Was die noch zu erwartenden Vorlagen betrifft, von denen das halbamtl. Blatt spricht, so wird dazu wohl in erster Linie die Vorlage in Betreff einer Subvention für die Gotthardsbahn gehören, die, wie man erfährt, unmittelbar nach dem Schlusse des Zollparlaments an den Reichstag gelangen wird. — Daß die Mittheilung einiger Korrespondenten über ein angebliches Schreiben,

welches der König von Sachsen an den König Wilhelm in Angelegenheit der Todesstrafe gerichtet habe, erfunden sei, wird jetzt auch durch das „Dresdener Journal“ amtlich bestätigt. Ebenso unbegründet ist, wie mir versichert wird, die Nachricht von der Existenz eines ähnlichen Schreibens von Seiten des Großherzogs von Oldenburg. — Die stattstiftende Zentral-Kommission, zu welcher nicht nur Mitglieder aus allen Verwaltungszweigen gehören, sondern auch Vertreter des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses, wird in nächster Woche zu einer Sitzung zusammenentreten, um zunächst über die bereits verbreiteten Modalitäten der nächsten Volkszählung Beschluß zu fassen. Diese Angelegenheit wird in nächster Zeit auch den Bundesrat des Zollvereins beschäftigen. — In nächster Zeit soll auch der Jahrestag des Frauenvereins für die Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger unter Theilnahme der Königin abgehalten werden, um die Tätigkeit des Vereins im vorigen Jahre einzugehen.

○ Berlin, 6. April. Die Randbemerkungen, welche die „N. A. Z.“ kürzlich den Verhandlungen des dänischen Reichstages über das Marinebudget widmete, hatten wohl nicht den Zweck,diglich zu konstatiren, daß zwischen Preußen und Dänemark noch immer eine gerechte Stimmung wie bisher herrsche, sondern sie bildeten eigentlich nur den Kommentar zu anderen politischen Vorgängen, von denen schon früher verlautet hatte. Daß die schleswig-holsteinische Frage nächstens wieder auf der europäischen Tagesordnung figuriren werde, darüber hatte es bekanntlich vor längerer Zeit in auswärtigen Organen nicht an häufigen Hartnäckig wiederholten Andeutungen gefehlt, die sich auf die angebliche Thatsache stützten, daß der französische Botschafter in Petersburg seine Bemühungen dahin richte, in dieser Beziehung ein Einvernehmen mit dem russischen Kabinett zu erzielen. Mit dem Amtsantritt des Grafen Daru sind diese Gerüchte verstummt und wie es heißt, erhielt der französische Botschafter in Petersburg ausdrückliche Anweisung, seine Diversionen, die übrigens nicht ohne Aussicht auf Erfolg gewesen sein sollen, einzustellen. Auf diese Thatsache scheint die „N. A. Z.“ bestätigend anzuspielen, wenn sie von den Konjunkturen spricht, bei denen Deutschland seiner Verhöldigung gehabt sein würde, zu Feindsetzung, die durchaus möglich zu sein scheint, und von einem Bündeten, der im Staande wäre, der norddeutsche Stolie gegenüber die hohe See zu halten. Gleichzeitig kann man entnehmen, daß die politische Kombination, auf welche man sich in Kopenhagen stützt, hier gegenwärtig als erledigt betrachtet wird. Wenn in dieser Beziehung noch ein Zweifel bestünde, würde man das hier von offiziöser Seite bisher beobachtete Stillschweigen zu brechen schwierlich für opportunit gehalten haben. — Von der Freitagssitzung des Reichstages, in der bekanntlich das preußische Averlum von 30,000 Thlr. eine längere und einigermaßen gerechte Debatte veranlaßte, liegt erst jetzt der stenographische Bericht vor. Es geht bei einer Vergleichung derselben mit dem Kammerbericht hervor, daß die Rede des Grafen Bismarck an einer nicht unwichtigen Stelle sehr ungenau wiedergegeben ist. Wie erinnerlich, hatte der Bundeskanzler zunächst die Auflösung gehabt, daß Preußen die betreffende Summe an den Bund zahlen müsse, da Bundesgesetze den Landesgesetzen vorgehen. Später schien er diese Auflösung nicht aufrecht erhalten zu wollen, wenigstens erklärte er dem Abg. Lasker nach dem Kammerbericht, daß er von einem gegen Preußen anzuwendenden Zwang nicht gesprochen habe und daß er sich nur auf das rechtliche Gefühl der preußischen Vertretung verlasse, dem solcher Partikularismus, wie ihm der Abg. Lasker angesonne, fremd sei. Nach dem stenographischen Bericht heißt die bezügliche Stelle indessen anders, der Bundeskanzler sagte: „Wir zweifeln nicht, daß uns das Geld gegeben wird, und ich habe mich dabei auf das Rechtsgefühl allein der preußischen Verwaltung verlassen, für die ich denn doch auch einigermaßen mit einzustehen habe.“ Von einer Milderung des Auspruchs in dem Sinne, wie man nach dem Kammerbericht annehmen durfte, war also durchaus nicht die Rede, der Bundeskanzler ließ es ganz dahin gestellt sein, wie die preußische Volksvertretung etwa über den Fall denken möchte, und drückte nur sein Vertrauen aus, daß die Verwaltung, also die Regierung unter allen Umständen Zahlung leisten würde, sobald es durch ein Bundesgesetz festgesetzt sei. Die Frage ist prinzipiell wichtig, wird in den meisten Fällen indessen wohl eine von der Schärfe des Prinzips abhängende praktische Erledigung finden. Es ist ebenso wenig wahrscheinlich, daß die rücksichtlose Suprematie der Bundesgesetzgebung, die in Bezug auf Festsetzung von Staatspositionen einseitig ausgeübt, nothwendig zu absurd Konsequenzen führen muß, jemals auf die Spitze getrieben werden wird, als daß die Partikulargesetzgebungen ihren immerhin nur mit Vorsicht zu gebrauchenden Rechtsboden unnötigen Erschütterungen aussetzen sollten. — Die „Kreuzztg.“ hat — den Muth, unsere Mittheilung über eine in Aussicht genommene Berufung Wagner's als Generalmusikdirektor für eine „Erfindung“ zu erklären, Niemand habe an dergleichen auch nur gedacht. Die „Kreuzztg.“ ist gut genug über Hofvorgänge unterrichtet, um zu wissen, daß unsere Angabe buchstäblich genau war und in der That den wirklichen Sachverhalt noch sehr gelinde wiedergab. Hoffentlich haben wir aus dem Dementi zu schließen, daß das Projekt, das wir allerdings auch für ein höchst unglückliches halten würden, nun definitiv in den Brunnen gefallen ist.

Berlin, 6. April. [Petitionen. Jurisdiktionsvertrag zwischen dem Nordbunde und Hessen. Die braunschweigischen Staatsbahnen. Gasexplosion.] Die wichtigsten Petitionen, welche dem Reichstage zugegangen sind, gelangten heute bereits zur Erledigung, und es war daher nicht zu verwundern, daß die ohnehin durch die fortwährenden Berathungen über das Strafgesetzbuch ermüdete Versammlung sich mit größerem Eifer, als dies sonst bei Petitionen der Fall zu sein pflegt, mit den meisten dieser Petitionen beschäftigte. Es ist anzunehmen, daß die Überweisung der auf die Gesundheitspflege bezüglichen Petition an den Bundeskanzler nicht ohne Erfolg bleiben wird. Dagegen scheint es nicht, daß die Petitionen auf Herabsetzung der Bedingungen für den einjährigen Freiwilligendienst eine Berücksichtigung seitens der Bundesbehörden finden dürften, da man innerhalb derselben, wie wir zuverlässig wissen, diese Frage jetzt für abgeschlossen hält. Es sei daran erinnert, daß die preuß. Regierung gleich nach Übernahme der neuen Provinzen unter Berücksichtigung des Übergangsstadiums der Kriegsdienstverhältnisse ausnahmsweise eine sehr milde Praxis hinsichtlich der Bedingungen des einjährigen Freiwilligendienstes eintreten ließ und jeden Alpiranten, der sich als Volontair meldete, berücksichtigte, der nur einigermaßen den Ansprüchen an allgemeine wissenschaftliche Bildung zu entsprechen vermochte. Gerade die Erfahrungen, welche dabei gemacht worden sind, sollen jetzt einen Stützpunkt für die Regierung bilden, von den vorhandenen Normen nicht abzugehen, und so wird wohl die betreffende Petition unberücksichtigt bleiben. — Heute ist hier die Zustimmung der Groß. Hess. Staatsregierung zu dem zu Art. 45 des Jurisdiktionsvertrages zwischen dem Nordbunde und Hessen, von dem oberhessischen Abgeordneten Buss und Frh. zur Rabenau gestellten deklaratorischen Antrage in der von dem Abg. v. Bernuth beantragten Form eingetroffen. — Hierauf wird die Annahme des Vertrages in dem Reichstage keiner Beanstandung unterliegen, denn nach diesem deklaratorischen Antrage wird in Zukunft kein Angehöriger des Norddeutschen Bundes mit Ausnahme der eigenen hessischen Staatsangehörigen aus Oberhessen ferner nach Südhessen ausgeliefert werden dürfen. — In den nächsten Tagen wird der zustimmende Beschluß der preußischen Staatsregierung zu dem Verlaufe der braunschweigischen Staatsbahnen an das bekannte Konsortium erfolgen. Der nächste Landtag wird dieser Frage, welche im vorigen zu lebhaftesten Debatten führte, als einem fait accompli gegenüber stehen. Wenn von vielen Seiten darüber eine Verwunderung ausgesprochen worden, daß Preußen trotz seiner bekannten Ansprüche auf Braunschweig seine vertragsmäßige Zustimmung zu dem Verlauf der Staatsbahnen giebt, so ist darauf zu verweisen, daß man diesseits dem Lande wohl gönnt, die Mittel zu einem künftigen Provinzialfonds zu gewinnen. Dies wenigstens wird für die Absicht der Regierung gehalten. — Heute Morgen fand auf dem in die Alsenstraße mündenden Theile der prachtvollen Alsenbrücke eine Gasexplosion statt, durch welche ein Theil des Brückengeländers und einige Gaslandebäder in das Wasser gestürzt wurden. Der Schaden dürfte sich jedoch nur auf einige hundert Thaler belaufen.

Die "Prov.-Korr." enthält in Betreff der parlamentarischen Arbeiten folgende Mittheilung:

Die Berathung des Strafgesetzbuches im Reichstage ist soweit vorgeschritten, daß die zweite Lesung, im Laufe dieser Woche sicher zum Abschluß gelangen dürfte. Bei der dritten Lesung, welche voraussichtlich erst nach den Sitzungen des Zollparlaments stattfinden wird, dürfte hoffentlich auch in den wichtigen Abschnitten, in Bezug auf welche die Ansichten bisher sehr weit auseinandergehen, ein Boden für die schließliche Verständigung gefunden werden. — Der Reichstag wird seine Sitzungen zu Ostern, vermutlich am Sonnabend (9), schließen und sich bis zum Mittwoch nach Ostern (20) vertagen. — Nachdem der Zollvereinrat am Montag (4.) durch den Bundeskanzler Grafen Bismarck eröffnet worden ist und seine Arbeiten, namentlich in Bezug auf die Abänderung des Zolltarifs, alsbald begonnen hat, wird die Berathung des Zollparlaments vermutlich zum 22. April erfolgen. Der Reichstag, dessen Mitglieder zugleich dem Zollparlament angehören, wird seine Arbeiten, soweit möglich, neben demselben fortsetzen, um demnächst die weiteren wichtigen Berathungen über das Strafgesetzbuch, über den Unterstützungswohnsitz u. s. w., sowie über noch zu erwartende Vorschriften nach dem Schlusse des Zollparlaments (etwa Mitte Mai) wieder aufzunehmen.

Wie die "Post" vernimmt, wird der Abg. Oberbürgermeister a. D. Ziegler (Breslau) nach Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode jedes Mandat ablehnen, er "hat diese nützlose Arbeit satt!" Auch Fr. Schulze-Delitsch soll gesonnen sein, künftig nur ein Reichstagsmandat anzunehmen, da seine Thätigkeit als Anwalt der Genossenschaften eine Verminderung seiner parlamentarischen Funktionen erfordert.

Der Kaiser von Russland gedenkt, wie der "Kreisgr." berichtet wird, Anfang des nächsten Monats hier in Berlin einzutreffen. Der Aufenthalt hier selbst wird mutmaßlich nur zwei Tage dauern, indem der Kaiser die Weiterreise zu Gesundheitszwecken zu benutzen gedenkt.

Hannover. Auf die Beschwerde welche der früher in Einbeck stationirt gewesene katholische Missionär darüber erhoben hatte, daß katholische Soldaten am ersten Weihnachtsfesttage zum Kniestreuen auf die Reitbahn kommandirt, und an einem andern Festtage zum Reiten befahligt worden waren, hat der Geistliche nach der augsbürg. A. Z. folgenden Bescheid erhalten:

Der Dienst zu welchem der Soldat, ob an Sonn- und Fest- oder an Wochentagen, kommandirt wird, ist für ihn die erste und vornehmlichste Pflicht, deren Ausübung er sowohl nach Gottes- als nach Menschengeboten nachzukommen hat. Nach dem in der preußischen Armee üblichen Usus geht Herrdentist vor Gottesdienst. v. Dannenberg, Oberstleutnant, Kommandeur des Füsilierbataillons 3, hannoversches Inf. Reg. Nr. 79.

Der Bescheid wurde zur Kenntniß der höchsten Militärbehörde gebracht, aber nicht desavouirt. Dagegen ward der Geistliche von Einbeck entfernt, als er in seiner nächsten Predigt den Text: "Gebet dem Kaiser was des Kaisers und Gott was Gottes ist" erläuterte, weil man darin etwas wie "Aufforderung zum Ungehorsam" fand.

Münster, 6. April. (Tel.) Der Generalvikar Brinkmann zu Münster ist soeben zum Bischof von Münster proklamirt worden.

Oesterreich.

Wien, 6. April. (Tel.) Das Herrenhaus hat den Gesetzentwurf betreffend die Regelung des Schulwesens übereinstimmend mit der Fassung des Unterhauses en bloc angenommen, nachdem die Kommission von Abänderungen Abstand genom-

men und der Minister des Innern im Interesse des Zustandes des Gesetzes die Annahmen en bloc befürwortet hatte. — Der Klub der Linken, sowie der Klub der äußersten Linken des Abgeordnetenhauses beschlossen, vor Schluß des Reichsraths eine Adresse an den Kaiser zu richten. — Finanzminister Breitfeld verzögert entchieden den Eintritt in das neu zu bildende Ministerium.

Belgien.

Brüssel, 6. April. (Tel.) Wie "Etoile" erfährt, soll die Holländische Regierung Vorstellungen an die Belgische wegen der beabsichtigten Erhöhung des Eingangsazolls für Alkohol gerichtet haben, da eine solche Erhöhung der genauen Ausführung des Handelsvertrages zuwiderlaufe. Die Belgische Regierung soll jedoch der Ansicht sein, daß sie durch den Handelsvertrag nicht verhindert sei, die Eingangsazolle zu erhöhen. "Etoile" glaubt zu wissen, daß die Vorstellungen Hollands in diesem Sinne beantwortet werden würden.

Frankreich.

Paris, 4. April. Der Sturm weht heftig: die Parteiversammlungen der Deputirten, besonders die des linken Zentrums, die Konferenzen in den Tuilerien und in der Konkurrenzkommission des Senates, die Unterredungen zwischen Olivier und Thiers u. c., dies alles deutet auf steigende Aufregung, aber Olivier ist mit dem Kaiser einverstanden, "daß das Plebisit nicht zu umgehen und der Text der Verfassung von 1852 bindend in dieser Beziehung sei". Dupuy de Lome und Pinard vom rechten Zentrum haben ihm ihre Unterstützung zugesagt. Auch wird ein Wort von Guizot angeführt, der dem Kabinette den Rath ertheilte, sich stets auf die Zentren zu stützen, denn dies seien Truppen, die ihren Führern folgten, während bei den äußersten Flügeln die Generale den Soldaten zu folgen pflegten. Da das Ministerium entschlossen ist, die Interpellation anzunehmen, so wird es sich bald zeigen, ob Olivier wirklich die Majorität für das Plebisit an der Hand hat, wie die "France" wissen will. Jedenfalls wird es zu heftigen Aufrüttungen kommen. Das linke Zentrum ist ohnehin mit der Linken darüber im Stillen einverstanden, daß man diesmal sich nicht zu schnell zu einem Vertrauensvotum herbeilassen müsse. — Im gesagtenen Körper zeigte der Kriegsminister an, daß er das Kontingent für dieses Jahr auf 80,000 Mann reduzieren werde. Das Budget der Stadt Paris für 1870 ist vorgelegt worden zugleich mit dem Antrage auf eine Anleihe von etwa 600 Millionen. Es heißt, die Regierung wolle eine neue Note nach Rom senden, die zugleich an den Papst und an das Konzil gerichtet wäre. — Der Deputirte Ordinaire hat folgendes Schreiben erhalten:

Bürger! Zwanzigtausend Bürger der neunzehn Arrondissements von Paris errichten an Sie den Betrag einer von Ihnen aus freiem Antriebe eröffneten Subskription, um den Bürgerkrieg, Ihren Kollegen, für die Herauslösung seines Gehaltes zu entschädigen. Die Prinzipien der demokratischen Gerechtigkeit erheben, daß jeder öffentliche Dienst remunerirt wird, und wenn der Bürgerkrieg in Folge der in der Ausübung seines Mandats entwickelten Energie in seinen Interessen verlegt und in die Unmöglichkeit versetzt ist, sich einer produktiven Arbeit hinzugeben, so kommt es den Wählern zu, nach Maßgabe Ihres Mittels den ihm verursachten Schaden wieder gut zu machen. Außerdem ist das allgemeine Stimmrecht auf brutaler Weise in der Person eines Pariser Bürgers mißhandelt worden. Von Paris muß das Beispiel der Protestation ausgehen. Aber alle Wähler sind für die Beleidigung solidarisch, und unser Bruder in der Provinz werden nicht erlangen, sich unserer Horcherung anzuschließen. Die in Paris ohne Publizität irgend einer Art eröffnete Hundertimes-Subskription hat in weniger als einem Augenblide 20,000 Unterschriften erhalten; ehe vierzehn Tage vergehen, wird sie die doppelte Anzahl erreicht haben; aber sie muß die Runde durch Frankreich machen. Wollen Sie daher, lieber Bürger, mit unseren Unterschriften die Ihrem Kollegen geschuldete Entschädigung entgegnen, und sie zu seiner Verfügung halten. Die Provinz, wir zweifeln nicht daran, wird sich eine Pflicht und Ehre daraus machen, Ihnen direkt Ihre Protestation zuzuführen, und Sie werden durch die Annahme Sich einen neuen Anspruch auf die Achtung der Demokratie erworben haben. Gruß und Brüderlichkeit!

Der Deputirte Ordinaire antwortete unterm 2. April wie folgt:

Im Namen von 20,000 Bürgern von Paris ist der Betrag einer Subskription meinen Händen übergeben worden. Die aus freien Stücken ins Leben getretene Subskription hat den Zweck, dem Repräsentanten des ersten Wahlbezirks der Seine die Entschädigung zurückzugeben, deren er beraubt ist, weil er zwangener Weise im Augenblide der Abstimmung nicht in der Kammer anwesend sein kann. In der Person meines Kollegen Rochefort bin ich für die Würde und das Recht des allgemeinen Stimmrechts eingetreten, wie es die Pflicht aller, aber besonders die eines Vertreters der Nation ist. Dank daher, Bürger, für die Ehre, welche Sie mir erwiesen, indem Sie meinen Namen mit einem so demokratischen Werk verbunden haben. Ich nehme Ihr Mandat mit großer Freude an.

Paris, 6. April. (Tel.) Man glaubt, daß die Senatskommission, welcher der Senatskonsult zur Berathung angewiesen worden ist, denselben mit Akklamation annehmen werde. Dieselbe Kommission wird auch einen Entwurf betreffend die Fragen ausarbeiten, welche dem Plebisit vorzulegen sind. — Im gesagtenen Körper entgegnete in der Debatte über Grévy's Interpellation Olivier Herrn Gambetta: "Sie haben eine Regierung, welche im Stande ist, alle Fortschritte ohne Gefahr und ohne Abenteuer zu verwirklichen. Sie können den Fortschritt erlangen und es sich ersparen, deshalb Revolution zu machen." (Lang anhaltender Beifall.) Hierauf wurde die Debatte geschlossen. Olivier erklärt, die Regierung nehme die von Albufera, Bussion-Billaud und Genossen beantragte Tagesordnung an. Die Regierung habe die gegen gewisse Punkte des Senatskonsults gerichteten Ausstellungen vernommen und werde dieselben mit der Aufmerksamkeit prüfen, welche der Stellung der Antragssteller gebühre. Bei der Abstimmung wird mit 227 gegen 43 Stimmen die von Albufera beantragte Tagesordnung in folgender Fassung angenommen: "Die Kammer geht, nachdem sie die Erklärungen des Ministeriums gehört hat, in ihrer Ergebenheit an die kais. parlamentarische Regierung vertrauensvoll zur Tagesordnung über." — Der Rath der medizinischen Fakultät beschloß heute mit 16 gegen 4 Stimmen, die medizinische Schule bis zum 1. Mai zu schließen.

Spanien.

Madrid. Der Rücktritt des Kolonialministers Becerra hat eine rein persönliche Angelegenheit zur Veranlassung. Becerra hatte vor mehreren Zeugen ausgesprochen, daß er eine schwere Anklage gegen den unionistischen Abgeordneten Romero Robledo, früheren Unterstaatssekretär im Ministerium der Kolonien, vorzubringen habe. In der Cortessitzung vom 29. März forderte Robledo ihn auf, sich über die Art der Beschuldigung zu erläu-

ten und Becerra antwortete, daß er allerdings ein Schriftstück in Händen habe, das, wenn richtig, die Ehre des Abgeordneten sehr schädigen würde und daß er ferner die Einleitung einer Untersuchung angeordnet habe. Robledo verlangte die Mitteilung des Schriftstücks, welches ihm Becerra in Abschrift überreichen ließ. Es bestand in einem Briefe, worin ein gewisser Martin Milagro Herrn Robledo anzeigen, daß er ihm für ein auf Kuba verliehenes Amt die bedogene Summe schickte und ihm noch 30,000 Realen zur Verfügung ihm angewiesen habe, falls der damalige Unterstaatssekretär ihn nochmals befördere. In der folgenden Sitzung der Cortes las Robledo dieses Schriftstück vor und erklärte es für durchaus falsch. Becerra erhob sich nun und gestand zu, daß auch ihm der Brief gefälscht vorkomme, nachdem er ihn eben mit einem anderen Brief des genannten Beamten Milagro verglichen und die Handschrift als verschieden erkannt habe. Wer die Fälschung begangen, sei nun zu untersuchen. In seine Hände sei jener Brief dadurch gekommen, daß sein Privatsekretär die Adresse an Robledo übersehen, ihn mit den anderen Briefschaften geöffnet und vorgelegt habe. Dies war aber schon im Juli vorigen Jahres geschehen; und daß der Minister die Sache so lange ruhen ließ und schließlich in so unbedachter Weise die Beschuldigung aussprach, welche sich bei näherem Zusehen als so ganz unbegründet erwies, verschlimmerte seine Lage gar sehr. Allgemein machte sich die Meinung geltend, daß ein Mann, der so leichtfertig die Ehre eines Abgeordneten angegriffen, nicht länger Mitglied der Regierung bleiben könne, und Tags darauf erfolgte denn sein Rücktritt.

Madrid, 6. April. (Tel.) Die telegraphische Verbindung mit Barcelona ist unterbrochen. Neue Nachrichten über den Verlauf der dortigen Unruhen fehlen.

Italien.

Florenz. Wie telegraphisch gemeldet wird, hat die Kammer den Vorschlag Minghetti's, anstatt einer Kommission zur Prüfung der Finanzmaßregel, vier Kommissionen zu ernennen, welchem das Ministerium zustimmt, mit 168 gegen 112 Stimmen angenommen. — Der "Economista" berichtet, daß die Differenzen mit Marokko demnächst beigelegt werden. Durch Vermittelung Spaniens seien die Bedingungen des Vergleichs bereits festgestellt.

Rom, 1. April. Wie der "Köl. Blg." gemeldet wird, ist das Prodium zum Schema der dogmatischen Konstitution des katholischen Glaubens, welches am 26. v. Mts. im Konzil zur Berathung stand, in Folge der energischen Erklärungen des Bischofs Strohmayer einer nochmaligen Redaktion unterworfen und nach Weglassung besonders verlebender Stellen in einer mäßigten Fassung zur Annahme gekommen. Die orientalischen Bischöfe der Opposition sind einer harten Behandlung ausgesetzt, zwei derselben werden in dem Gefängnis des Santo Ufficio festgehalten, anderen ist die Verhaftung für den Fall einer fortgesetzten Widerständigkeit angedroht. Die Mißhandlung des greisen Bischofs von Babylon ist noch in frischem Gedächtnisse. Die türkische Regierung hat ihren Gesandten in Florenz angezeigt, sich nach Rom zu begeben, um im Interesse der orientalischen Bischöfe Schritte zu thun.

Großbritannien und Irland.

London, 4. April. So war hat sich die Nachricht der "Morningpost", daß die englische Regierung den Widerstand im Red River-Gebiete gegen die Verbindung mit Kanada gewaltsam brechen werde, nicht bestätigt; doch scheint die kanadische Regierung einen solchen Schritt thun zu wollen. Den militärischen Sachblatt "Broad Arrow" zufolge sollen etwa 300 Mann reguläre Truppen, verstärkt durch eine anständige Reservemannschaft, unter dem Befehl des Obersten Wolseley über Fort William nach dem Red River abmarschiren. Gegenwärtig ist in der aufrührerischen Ansiedlung eine wahre Schreckensherrschaft aufgerichtet; wie wenigstens kanadische Blätter versichern, leben die Bewohner in Furcht und Bittern vor Kiel und seinen Anhängern. Der "Toronto Globe" berichtet über die am 3. März auf Kiels Befehl vollstreckte Erschiebung des kanadischen Irlanders Thomas Scott und sagt, der einzige Klagegrund gegen Scott habe darin bestanden, daß er mit andern Kanadiern aus dem Gefängnis entsprungen sei und sich dem später verunglückten Aufstande angeschlossen habe, den der Major Boulton gegen die von Kiel eingesetzte Regierung erhoben hatte. Ein Aufschub der Urteilsverkündung um 24 Stunden, den Donald Smith und der Geistliche für Scott verlangt, sei abgeschlagen worden. So meldet der "Toronto Globe". Es scheint hierbei jedoch ein kleiner Umstand verschwiegen zu sein, der die Sache sehr ändert. Früheren Berichten zufolge war nämlich Scott nicht sowohl aus dem Gefängnis entwicht, sondern gegen sein Ehrenwort, nichts gegen Kiels Regierung zu unternehmen, in Freiheit gesetzt worden.

Aufland und Polen.

Warschau, 3. April. Es wird gegenwärtig wieder vom Verkauf einiger Kronforsten gesprochen. Das Holz soll im Ganzen veräußert und das abgeholzte Land an Ansiedler zur Kolonisation in der Art abgegeben werden, daß ein Theil des Kaufwertes bei der Übernahme des Landes entrichtet wird, der Rest aber verzinslich stehen und amortisiert werden kann. Man will durch Heranziehung von Kolonisten den durch die Insurrektion veranlaßten Abgang von mehr als 5000 deutscher Kolonisten ersezten, und würde auch bereits deshalb weitere Schritte gethan haben, wenn nicht die Frage: ob Deutsche, ob Russen anzusiedeln seien, dazwischengetreten wäre. Die Partei, welcher der günstige Erfolg des Unternehmens und das Wohl des Landes am Herzen liegt, ist natürlich für die Deutschen, wogegen die andere Partei (Altrussen) die Heranziehung von Ansiedlern aus Russland anstrebt und diesen durch Entfernung der Deutschen mehr und mehr Platz zu machen sucht. — Den Bezirksbehörden ist die Ermittlung und spezielle Nachweisung aller derer aus der nicht russischen Bevölkerung aufgegeben, die des mündlichen und schriftlichen Gebrauchs der russischen Sprache mächtig sind, da die aus den statistischen Tabellen gezogenen Zusammenstellungen nicht ausreichend erscheinen. In Petersburg soll, (ob im Scherz oder Ernst, weiß ich nicht) der Vorschlag gemacht worden sein, da sich nicht freiwillig junge Leute zur Ausbildung auf russischen Seminarien als Lehrer für Polen melden, aus der Bevölkerung einen gewissen Prozentsatz auszuheben und zur Einstellung in die Seminare zu zwingen.

Griechenland.

Athen, 6. April. (Tel.) Im diplomatischen Corps sind folgende Veränderungen vorgenommen worden: Nhalis wurde zum Gesandten in Petersburg ernannt, der bisherige Gesandte in Florenz, Konuriotis, wurde in gleicher Eigenschaft nach Paris versetzt, der erste Legationssekretär der griechischen Gesandt-

schafft in Paris, P. Roque, wurde zum Gesandten in Washington ernannt. — Die beabsichtigte Reise des Königs nach Syra wurde des herrschenden Unwetters halber auf den 7. April verschoben.

A s i e n .

In Yeddo hat eine Feuersbrunst 4 bis 5000 Häuser zerstört. Die eingeborenen Christen sind noch immer der Gegenstand grausamer Verfolgungen; es wird von furchtbaren Misereien berichtet. Gegen Ausländer soll sich überall groÙe Feindseligkeit fund geben.

Norddeutscher Reichstag.

36. Plenarsitzung.

Berlin, 6 April. Eröffnung um 11 Uhr. Am Tische des Bundesraths Delbrück, v. Roon, v. Puttkamer u. A.

Erster Gegenstand der Tagesordnung sind die Petitionen, betreffend die Verwaltungsorganisation der öffentlichen Gesundheitspflege im Bunde, die aus Stettin und Leipzig eingegangen sind. Die erste ist eingebraucht von Dr. Wasserfuhr in Stettin, in Verbindung mit Baurath Hobrecht, Professor Richter in Dresden und den Aerzten Spieß und Barrentrapp in Frankfurt a. M. und ist von mehr als 3700 Personen unterzeichnet, darunter über 1000 Aerzte und Medizinalbeamten, 35 Professoren der Medizin, 80 Bürgermeister und über 650 Vertretern von Kommunen. Nachträglich sind ihm der gesammelte Magistrat und die Stadtverordneten Berlins und Potsdams und Herr Vorstig beigetreten, desgleichen der niederrheinische Verein für öffentliche Gesundheitspflege, dem sich 39 Städte angeschlossen haben, darunter Köln, Elberfeld, Essen, Duisburg, Koblenz, Dortmund u. s. w. Die Petitionen verlangen vom Bundesrath die Vorlage eines Gesetzes, zur Vorbereitung desselben die Einsetzung einer mit dem Rechte der Kooperation ausgestatteten Kommission von Sachverständigen und empfehlen als Grundlage für das Gesetz die von der Versammlung deutscher Aerzte und Naturforscher zu Innsbruck 1869 einstimmig beschlossenen Resolutionen. (Sanitäts-Kommissionen für jede städtische Gemeinde und jeden Landbezirk, zusammengelegt aus Gemeindebeamten, Aerzten, Chemikern, Architekten und Ingenieurs. Die Gesundheits-Auschüsse sollen sich an die politischen Behörden der Gemeinden und Bezirke anlehnen und in jedem Verwaltungsbezirk unter Beaufsichtigung resp. Leitung eines vom Staate ernannten öffentlichen Gesundheitsbeamten stehn, der neben diesem Amt keine andere Beschäftigung treiben und, wenn Arzt, weder ärztliche Praxis üben noch Gerichtsbarkeit sein darf. Er verfügt mit den Auschüssen über die Polizeimittel zur Aufstellung von Uebelständen. Die Zentralbehörde bildet eine besondere Abtheilung der obersten Verwaltung, beinhaltet die erforderliche Statistik, berichtet jährlich über den Gesundheitszustand und den Fortgang der Werke der öffentlichen Gesundheitspflege und sorgt für Bildung, Prüfung und Anstellung tüchtiger Gesundheitsbeamten. Die Innsbrucker Versammlung bezeichnete es außerdem als unerlässlich, daß die Erkenntniß der Ursachen von Krankheiten und der Mittel, sie zu verhüten an den Universitäten, Fach- und Volkschulen sorgfältig geplagt werde.)

Die zweite Petition ist von dem Vorstehenden des ärztlichen Zweigvereins zu Leipzig, Dr. Günther, eingebraucht und stimmt mit der ersten in den Hauptzwecken überein, indem sie ebenfalls ein Bundes-Zentralorgan für öffentliche Gesundheitspflege verlangt, jedoch die Zugabe von Technikern (Architekten, Chemikern) zur vorbereitenden Kommission ablehnt und nur Aerzte in dieselbe berufen haben will.

Daran schließt sich eine dritte Petition des Centralbüros des deutschen Vereins für medizinische Statistik, überreicht von Dr. Zuelzer in Berlin: der Reichstag wolle aus eigener Initiative die Errichtung eines Centralinstituts für medizinische Statistik in Berlin, die Einführung einer möglichst allgemeinen Todtenbuch und die Einrichtung von Zivilstandsregistern im Gebiete des Nord. Bundes beschließen.

Die Petitionskommission empfiehlt die beiden ersten Petitionen (aus Stettin und Leipzig) dem Bundeskanzler zur Beurkundung und mit dem Esuchen zu überweisen, auf Grund des Art. 4 Nr. 15 der Bundesverfassung dem Reichstag einen Gesetzentwurf, die Verwaltungsorganisation der öffentlichen Gesundheitspflege im Norddeutschen Bunde, vorzulegen.

Die dritte (berliner) Petition soll dem Bundeskanzler zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung überwiesen werden.

zufrieden beantragt Abg. Götz: Der Reichstag wolle beschließen, den Bundeskanzler zu veranlassen, schon vor der Einsetzung einer medizinischen Centralbehörde für den Norddeutschen Bund baldigst eine statistische Erhebung über den Einfluss der einmaligen und wiederholten Einspritzung der Schuppenpocken auf die Verbreitung und Gefährlichkeit der Menschenblätter, sowie auf die Gesundheit der Geimpften innerhalb der Staaten des Norddeutschen Bundes und ähnlich auch der übrigen deutschen Staaten ins Werk zu setzen.

Referent Albrecht: Die Kompetenz des Bundes, für die öffentliche Gesundheitspflege durch zentrale Einrichtungen zu sorgen, sei zweifellos. Die englische Gesetzgebung sei in den letzten Decennien auf diesem Gebiete äußerst thätig, die der einzelnen Bundesstaaten durchaus passiv gewesen. Einzelne grögere Kommunen seien zwar mit der Kanalisation und anderen Einrichtungen vorgegangen, aber alles das seien nur Anfänge von Totalversuchen geblieben. Wirklich gefördert könne die öffentliche Gesundheitspflege nur werden, wenn der Staat in Verbindung mit den einzelnen Kommunen die Sache ernstlich angreife, zunächst an einer Zentralstelle statistische Erhebungen über den Zustand der öffentlichen Gesundheit anstellen lasse und dann gezielter vorgehe. In Preußen sei das Medizinalwesen mit dem Kultusministerium verbunden. Das erinnere unwillkürlich an die Zeit, wo die ganze Heilfunde in den Händen der Priester war. Diese Verbindung müsse gelöst, das Medizinalwesen an den Staat gezogen und die Verwaltung des selben in die Hände von Sachverständigen gelegt werden.

Graf Münster ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Bei der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege handle es sich darum, den Menschen reine Luft, reinen Boden, reines Wasser und unverfälschte Nahrung zu geben. Die Römer hätten, um ihren Städten reines Wasser zuzuführen, die größten Opfer gebracht. Ob die englische Gesetzgebung in dieser Frage für uns Muster sein könne, beweiste er. Die Kompetenz des Bundes in der Sache sei unbestreitbar. Ihre erfolgserreiche Förderung könne nur von einer Zentralstelle ausgehen und die Gesetze müssten auf Grund statistischer Erhebungen ausgearbeitet werden. Namentlich müssten die Nahrungsmittel untersucht und die Resultate veröffentlicht werden, damit die Leute beim Kauf und Konsum vorsichtig seien. Gerade dadurch sei der Gesundheitszustand in dem großen London besser als in vielen anderen Städten.

Abg. v. Bunsen: Die Zeit wird kommen, wo für dieses Thema ein förmlicher Kanonismus entstehen wird. Überall mehren sich die Anzeichen des Fortschritts. Am 2. Mai 1862 hatten wir im preußischen Abgeordnetenhaus eine Sitzung von Morgens 9 Uhr bis Abends 10 Uhr, die Galerien waren dicht besetzt und die Temperatur im Saale war derartig, daß man kaum atmen konnte. Vor einigen Jahren kündigte der Präsident den Tod eines Abgeordneten mit den Worten an, daß derselbe laut ärztlichen Attestes gestorben sei in Folge der entzündlichen Luft, welche er im Abgeordnetenhaus habe einatmen müssen. Beziehen der Besserung sind die periodischen Versammlungen von Aerzten im Westen Deutschlands und die heutige vorliegenden Petitionen und bald werden wir hoffentlich nicht mehr die Klageworte Birchow's hören: „Erst Gesundheit und dann Bildung.“ und nicht mehr solche unverständige Neuerungen selbst von einsichtigen Leuten, wie: das Deffnen der Fenster sei unnütz, die Wände unserer Wohnungen unterhielten ja eine fortwährende Buglust. Das klingt fast so, als wenn man sagen wollte, unsere ungefundene Zustände sind eine *seia vox*, wie es in der Antigone heißt, ihnen ist nicht abzuholzen. — Gegen Untersuchungen durch eine Bundeskommission habe ich nichts zu erinnern; ich warne aber gleich in dieser Weise in die Angelegenheit einzugehen. — Es handelt sich dabei um eine fortwährende Beschränkung der Freiheit des Einzelnen und ich vermisste in der Petition einen bestimmten Hinweis auf die Kompetenz in dieser Beziehung. Durch die administrative Macht, die fortwährend um uns herumswirkt, sind wir zwar eine Generation geworden, die sich schließlich über Alles zufrieden giebt, aber ich warne doch vor Einschaltung englischer Einrichtungen. Berücksichtigen lassen Sie uns allein die Resultate der englischen Statistik. In Liverpool ist festgestellt, daß in Folge der getroffenen Einrichtungen die durchschnittliche Lebensdauer in den höheren Ständen 35, im mittleren Bürgerstande 22, im Arbeiterstande 15 Jahre beträgt. Aus solchen Thatsachen wird man sich aus England Rath holen können. Ich meine nun, daß der Bundeskanzler um Errichtung einer Bundes-Immediatkommission ersucht wer-

den muß, die für die Organisation der Statistik, Abgrenzung der Kompetenz des Bundes den einzelnen Staaten gegenüber und für Feststellung der Prinzipien zu sorgen hat, nach welchen auf den freien Willen der Einzelnen und der Kommunen einzuwirken ist, denn es handelt sich hier um den Gesundheitszustand der Fabrikarbeiter, der Soldaten in den Kasernen, der Schüler in den Schulen und, da wir doch auch Menschen sind, auch der Parlamentsmitglieder. Die Kommission darf nicht bloß aus Aerzten zusammengesetzt werden, sondern auch Verwaltungsbeamte des Staats- und Kommunaldienstes, Juristen, Politiker, Ingenieure und Architekten müssen in ihr vertreten sein. Die wichtigste Instanz der ganzen Einrichtung würde die unterste sein, der besoldete Arzt, der keine Praxis ausüben darf; die zweite würde die größere Kommission sein, die sich etwa mit dem Regierungsbezirk decken würde, und die oberste das Zentralorgan des Bundes. Die Besoldung des die unterste Instanz bildenden Arztes mag Sie nicht erschrecken. Es ist nicht angenehm, bei so heiligen Dingen, wie Gesundheit, Leben und Tod sind, vom Kostenpunkt zu sprechen, aber sicher ist, daß nichts kostspieliger ist, als die Fortdauer des alten Schlendrians. England hat durch seine Einrichtungen auf diesem Gebiete eine Erhöhung der durchschnittlichen Lebensdauer herbeigeführt; um diesen Zweck zu erreichen, sollten wir vor keinem Opfer zurücktreten. Für die Ausarbeitung umfassender Gesetze über diese Materie sind durch Zeitschriften und Vereine die nötigen Vorbereitungen schon jetzt gegeben; ich zweifle deshalb nicht, daß schon in der nächsten Session ein solches Gesetz vorgelegt werden wird.

Abg. Löwe: Ich wünschte mit derselben Aufrichtigkeit und frischen Hoffnung, nach der Sache heranziehen zu können, wie die beiden Vorredner, aber so leicht ist der Gegenstand nicht zu bewältigen. Die Lagen der öffentlichen Gesundheitspflege würden in erster Linie auf die Schultern der Gemeinden fallen, und ich kann ja das kleine parlamentarische Geheimnis ausplaudern, daß wir mit ihrer Belastung viel rascher zur Hand sind als mit der des Staates. Der Staat würde der große Wohlthäter sein und die Gemeinden würden bezahlen. Das Äquivalent würde die Entlastung ihres Guts für Arme- und Waisenpflege sein. Die Vorredner haben schon auf die Folge einer guten Gesundheitspflege eintretende Verminderung der Sterblichkeit und Verlängerung des Lebens hingewiesen; aber das ist nicht das Einzigste. Um wie viel verlängern sich die Krankheitstage, um wie viel vermehrt sich die Arbeitskraft? Dieser Punkt läßt sich nicht im Umrissen darstellen, und doch liegt der Gewinn gerade nach dieser Seite hin auf der Hand. Die Schwierigkeit liegt darin, daß wir ein Bundesgesetz machen sollen für einen Gegenstand, der seiner innersten Natur nach Gemeindeangelegenheit ist. Das öffentliche Gesundheitswesen stagniert seit langer Zeit nicht wegen mangelnder Aufmerksamkeit, oder weil uns die Kenntnis dessen, was Noth thut, mangelt. Unser Epidemiegesetz von 1833 z. B. ist an sich sehr gut, sein Fehler ist nur, daß es Institute schafft, die in unser ganzes dureaufkätzische Wesen nicht hineinpassen, daß es eine Behörde schafft, die niemals Organe zur Ausführung hatte. In unserer guten Stadt Berlin existiert ein Gesundheitsrat. Als nun 1866 die Cholera kam, da wurde er beim Beginn der Epidemie zusammenberufen und um Rat befragt in Betreff der wollten Decken, die anzufertigen wären; und dann nach dem Aufhören der Epidemie noch einmal, um zu sagen, was jetzt mit den wollenen Decken geschehen sollte. (Hinterher.) Das war seine ganze Thätigkeit, denn er war nicht mit ausreichenden Befugnissen ausgerüstet, um gehörig eingreifen zu können, und auf der anderen Seite, die Behörden selber waren nicht gezwungen, den Gesundheitsrat zu benutzen. Einer unserer hier anwesenden Kollegen hat damals mit der angestrebten Thätigkeit wenn nicht sein Leben, so doch seine Gesundheit gesoffert, hat sich von einem Hospital zum andern begeben, hat überall die Bedürfnisse zu befriedigen ver sucht. Aber der Gesundheitsrat war nicht darauf angewiesen, sich gerade an den Stadtrath Runge zu wenden, und der Stadtrath Runge brauchte den Gesundheitsrat nicht. Nun glauben Sie aber nicht, daß Sie mit einer neuen Behörde, mit einer neuen Schreiberkunst, midgen Sie diese nur aus promovierten oder unpronovierten Personen zusammenfassen, die Sache machen! Damit, daß neue große Prinzipien vom Bundesrath ausgesprochen werden, ist nichts geschehen. Wir müssen an den Stellen ansetzen, die direkt und unmittelbar den Staat angehen, die notwendig einheitlich innerhalb des Bundes geregelt werden müssen. Die Militärpflicht gehört dem Staat an, er hat gewiß das Hauptinteresse daran für eine gute kriegerische Generation zu sorgen. Er hat die indirekte Sicherung, die von großer Wichtigkeit für das öffentliche Gesundheitswesen ist. Ein großer Theil der Aufgabe ferner, die wir auf diesem Gebiete zu erfüllen haben, sjieht sich an die Gewerbegegesetzgebung an. Sie erinnern sich der Debatten über die Einrichtungen der Krankenanstalten, die Fabrikinspektoren, die Lokalität und Ventilation der Fabrikräume, die Arbeitszeit, die Arbeiterwohnungen u. s. w. Da sind überall Pflichten, die dem Staat zugewachsen sind, die er erfüllen muß, und die er am besten erfüllen kann, wenn er sie von der Gesundheitspflege aus angreift. Hier haben wir einen neutralen Boden, hier handelt es sich nicht um Bourgeois oder Nicht-Bourgeois; der Samen der unter den Fabrikarbeitern ausgebrochenen Krankheit fällt als Mehltau auch auf die Familie des Fabrikherrn; wenn der Pilz einmal im Wachsen ist, geht er in der Wasserleitung des Gemeinrathes und Geh. Legationsrathes eben so gut in die Höhe, wie in der Kellerwohnung des Arbeiters; hier haben wir die Solidarität der Interessen, hier können wir hineingreifen, ohne Misstrauen oder Schäflichkeit hervorzurufen. Das ist also einer der Punkte, wo der Staat seine Thätigkeit ausüben muß über die einzelnen Staaten hinaus. Welch großes Interesse hat er ferner an einer guten Statistik, und vor Allem an der Führung guter Zivilstandsregister! Das ist keine Statistik, die nur aufzählt, es sind so und so viel Katholiken, Evangelische, Juden geboren oder geforben. Die wahre Statistik muß lehren, wie viele auf diesem Raum, in dieser Lokalität, in dieser Stadt, in diesem Stadtbezirk geboren sind. Daß die jetzige Führung der Kirchenbücher sehr viel zu wünschen übrig läßt, darüber hat uns das Magdeburger Konistorium neulich aufgelistet, wenn wir es nicht ohnehin schon wüßten. Die Zivilstandsregister müssen notwendig aus der Kirche herausgenommen und der Bürklichkeit, den Gemeindebeamten übertragen werden; der Staat hat schon ein Interesse daran der Konkurrenz wegen. Die Führung der Kirchenbücher wird als Nebengeschäft geübt, und um jedes Nebengeschäft steht es schlecht; die medicina forensis als Nebengeschäft des praktischen Arztes beweist das nicht am wenigsten. Spezielle Vorschläge zu machen, zu sagen, welcher Beamte und welche Organisation die richtige, dazu bin ich im Augenblick außer Stande. Vor allen Dingen muß die eingehende Prüfung aller dieser Dinge eintreten. Der Staat verlangt Jahr für Jahr größere Opfer von seinen Bürgern, er muß dafür auch größere Pflichten auf sich nehmen und eine der ersten Pflichten ist mit der Sorge für eine gute Gesundheitspflege. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Götz: Auf der einen Seite liegt die Pflege der öffentlichen Gesundheit in den Einzelstaaten in sehr schlechten Händen, was ließe sich schlechtes denken, als die Verbindung der Medizinalpolizei gerade mit dem Kultusministerium? — auf der andern haben wir die Folge der reformatorischen Gesetzgebung in England, in welche die unsrige einfließen muß. Vor vorberuhenden Kommission müssen auch Kommunalbeamte und Techniker zugezogen werden. Auch der Zusammensetzung der Aerzte größerer Bezirke zu freien Vereinen, wie in Sachsen, wird von grohem Nutzen sein. Die Impfungsfrage sei vorläufig noch eine offene, weil es an der nötigen Statistik fehle; selbst die große Kommission des englischen Parlaments habe, weil sie nach einer falschen Methode gearbeitet, zu keinem festen Resultat geführt. Die Wichtigkeit der Sache aber, der Umstand, daß die Opposition gegen das Impfen immer mehr zunehme, und daß daher die Gefahr großer Blatterneidepidemie sehr nahe gerückt sei, machen es dringend notwendig, die Frage zu einem statistischen Abschluß zu bringen.

v. Sybel tritt Löwe bei. Die Gesundheitspflege hat es nicht blos mit Wasser und Luft, sondern allgemein mit der Lage der arbeitenden Klassen zu thun. In erster Linie aber fällt diese Sorge nicht dem Staat, sondern der freien Association zu, die auch mehr leistet, als er. Der niederrheinische Verein mit seiner Tendenz, ein größeres Verständnis über gesundheitliche Fragen im Publikum zu verbreiten, kann als Muster dienen.

Abg. Windthorst: Die Petitionen sind dem Bundeskanzler zur eingehenden Prüfung zu überweisen. Aber wogegen ich bin, ist, sogleich maßgebende Gesichtspunkte über die Organisation dabei auszusprechen. Wir dürfen nicht glauben, durch ein neues Bundesgesetz, durch eine neue Behörde könne die Sache gemacht werden. Wenn die Abgeordneten, wie hier gesagt ist, durch die schlechte Ventilation vom Leben zum Tode gebracht werden (Hinterher), so können wir doch nicht gleich eine Bundes-Zentral-Ventilations-Kommission einsetzen. Wir sprechen alle Tage von Dezentralisation und unsere ganze Richtung geht auf Centralisation. Wir erwarten von den Behörden einen Segen, den wir nur in der Privatthätigkeit finden können. Die Errichtung spezieller Bundesbehörden zu diesem Zweck geht über unsere

Kompetenz hinaus (Widerspruch), ich wünsche meine Schmerzen auch zu be seitigen, aber von der richtigen Stelle aus.

Abg. v. Brandenburg kann dem Hrn. Abg. Löwe fast in allen seinen Deduktionen folgen. Ich hätte gewünscht, daß er der Erkenntniß, die er heute ausgesprochen, schon im vorigen Jahre Ausdruck gegeben. Aber bei der Gewerbeordnung hat er gegen diese Seite des Hauses gestimmt, als wir die Einsetzung von Fabrikinspektoren beantragt hatten, und sein Freund Dr. Hirsch erklärte dabei ausdrücklich: nicht bloß der Staat, sondern wir sind die besten Fabrikinspektoren. Nach der heutigen Debatte werden Sie überzeugt sein, daß es sich hier um eine spezielle Aufgabe des Staates handelt. Wir brauchen eine Zentralbehörde, die das, was Vereine, Gemeinden, Aerzte als heilig erachten haben, mit dem gehörigen Nachdruck sofort ins Leben ruft. Segen wir von dieser Erkenntniß aus auch von Staatswegen Fabrikinspektoren ein, so werden wir nicht blos den Nagel auf den Kopf treffen, sondern wir werden ihn auch an der richtigen Stelle und tief einschlagen; wir werden damit an den Sitz der sozialen Frage gelangen und werden erfahren, ob die Behauptungen über Wohnungsnöth, Kurz Dauer des Lebens, Arbeitszeit, Schule u. s. w., so weit sie den Arbeitertag betreffen, wahr oder übertrieben sind.

Abg. Wehrenpennig: Fabrikinspektoren können wir entbehren, wenn wir Gesundheitsämter in den einzelnen Gemeinden einrichten, die dann neben den Schulen, den Arbeiterwohnungen &c. auch die Fabriken beaufsichtigen können. Wenn Abg. Windthorst die Kompetenz befreit, so will ich ihn nur daran erinnern, daß die Bundesverfassung ausdrücklich die Veterinärpolizei dem Stunde zumeist, und nachdem wir ein Kinderarbeitsgesetz erlassen, werden wir wohl auch für die Gesundheitspflege der Menschen gewisse allgemeine Bestimmungen erlassen können. Redner nimmt zum Beispiel, wie dringend nötig der Erlass solcher sei, Bezug auf das Gutachten der preußischen wissenschaftlichen Medizinaldeputation und die Befüllung zu derselben Seiten des Professors Birchow. Er konstatirt danach beispielweise, daß die Einrichtung der Mortalitätslisten eine so schlechte ist, daß die Zahl der Sterbefälle am Typhus gar nicht festzustellen, daß über dringende öffentliche Nebelstände, wie z. B. jetzt die im Krankenhaus Bethanien herrschenden Zustände keine Auskunft zu erlangen ist, kurz, daß auf dem ganzen Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege ein Zustand völliger Erstarrung und Hilflosigkeit herrscht. Befreien wir uns aus dem Zustande dieser Hilflosigkeit und nehmen wir die Anträge der Kommission an." Die Anträge der Kommission mit dem des Abg. Götz werden angenommen.

Es folgt die Petition des preußischen Abgeordneten Schlicht zu Kiel, betreffend die Abänderung der Bestimmungen über die Berechtigung zum einjährigen Dienst und event. Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Petent beantragt, 1) festzusezen, daß das Recht zur Ausstellung von Schulzeugnissen, welche zum einjährigen Dienste berechtigen, bis auf die wohleingerichteten Bürgerschulen, in welchen neben der sorgfältigen Pflege der Realen auch zwei fremde Sprachen in anerkennender Weise betrieben werden, ausgedehnt werde; 2) Bestimmungen über die Leistungen der Ackerbauschulen zu treffen, bei deren Erfüllung ihnen dieselbe Berechtigung zu zuerkennen ist; 3) allen wohleingerichteten Volks- und Bürgerschulen das Recht beizulegen, denjenigen Schülern, welche das Ziel der Schule erreicht haben, Abgangs-Bezeugnisse zu ertheilen, durch welche die Inhaber berechtigt werden, nach zweijähriger Dienstzeit ihre Entlassung aus dem aktiven Militärdienst zu verlangen.

Die Kommission beantragt, die Petition, so weit sie auf gesetzliche Regelung der Voraussetzungen gerichtet ist, unter denen die §§ 11 bzw. 13 des Gesetzes, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienste, vom 9. Novbr. 1867, die einjährige Dienstzeit im stehenden Heere gestalten, dem Bundeskanzler zur Verabsichtung zu überweisen, im übrigen aber über dieselbe zur Tagesordnung überzugehen. Die Referenten Graf Arnim-Bögenburg und Weigel empfehlen die Annahme des Kommissionsantrages. Bundeskommissar v. Puttkamer glaubt, daß jene gesetzliche Regelung, auf welche der Antrag der Kommission Bezug nimmt, bereits in dem Kriegsdienstgesetz vom 9. Nov. 1867 liege. Der Reichstag habe nur die Grundsätze, unter denen der einjährige Dienst gestaltet sei, legislativ festgestellt, die nähere Ausführung dagegen reglementarischen Anordnungen überlassen. Hierin eine Abänderung treffen wollen, heißt also jenes Gesetz abändern wollen. Die materiellen Gründe aber für eine solche Abänderung seien wenig haltbar. Das Argument, daß viele junge Leute jetzt gezwungen würden, sich ein höheres Maß von Bildung anzueignen, als es sonst der Fall sein werde, werde wohl im Reichstage nicht viel Sympathie sich erwerben. Auch müßt durchaus bestritten werden, daß die gegenwärtig in Kraft stehenden reglementarischen Anordnungen den Charakter der Militärlichkeit trügen. Im Allgemeinen sei das Maß der Schulbildung der Gymnasial-Sekunda als ausreichend festgesetzt worden, dies Maß müßt aber auch als Minimum anerkannt werden, wenn man erwäge, daß aus den Reihen der Freiwilligen die Landwehr-Offiziere hervorgehen. Die Militärverwaltung sei in den neuen Provinzen beim Uebergangsstadium mit großer Humanität zu Wege gegangen. Ein Bedürfnis zur Abänderung der gegenwärtig gültigen Bestimmungen sei daher nicht anzuerkennen und er bitte daher, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Wehrenpennig macht auf den Nebelstand aufmerksam, der daraus hervorgehe, daß in Folge der jetzigen Bestimmungen eine große Anzahl von Schülern die Gymnasiasten besuchen, ohne die Absicht zu haben, die selben durchzumachen, nur um mit dem Besuch der Sekunda die Berechtigung zum freiwilligen Dienst zu erlangen. Das Refutat eines solchen Schulbesuches sei allerdings eine Verbildung, die viel schlechter sei, als die tückige abgeschlossene reale Bildung der Bürgerschulen. Was helfe es dem jungen Manne sich mit Lateinisch beschäftigt zu haben, das er doch nach zwei Jahren wieder vergeße und wovon er nicht einmal so viel bleibenden Gewinn habe, um ohne Stümperi den Cornelius Nepos lesen zu können. Redner glaubt, daß diesem Nebelstand nur dadurch abgeholfen werden könne, daß

den Bestimmungen des Reglements voraussehen müssen. Die vom Vorredner behauptete Schädigung der Privatschulen liege nicht vor, da auch diese die Berechtigung zur Entlastung von Freiwilligen erhalten, sobald sie den allgemeinen Vorschriften entsprechen.

v. Hoverbeck protestiert gegen die Auffassung, daß das Haus seine Zustimmung zu allen Reglements gegeben habe, gegen die es bei der sehr wenig erschöpften Debatte über das Kriegsdienstgesetz nicht ausdrücklich Widerspruch erhoben habe. v. Blankenburg: Gerade die von den Vorrednern hervorgehobenen Uebelstände veranlassen mich, gegen eine sofortige gesetzliche Regelung zu stimmen. Diesen Uebelständen kann, so lange die Frage nur durch Reglements regulirt ist, leicht abgeholfen werden; sobald eine feste gesetzliche Form geschaffen ist, ist dies nicht mehr möglich und wir schädigen unser Schulwesen viel erheblicher.

Der Antrag der Kommission wird hierauf mit geringer Majorität angenommen.

Die Petition des Verlegers der „Kölnerischen Blz.“ Dr. Mont Schauberg, das Bundeskanzleramt zu veranlassen, daß von der Ober-Postdirektion in Köln mit dem 1. April v. J. eingeführte Verfahren zur Versendung und Tarifierung der „Kölnerischen Zeitung“ nach Italien gutzuheben, sowie den norddeutschen Postanstalten die Annahme von Abonnements auf deutsche Zeitungen nach Italien zur Pflicht zu machen und dabei nur die deutschen Zeitungs-Provision und das interne italienische Porto für abonnierte Zeitungen in Anrechnung bringen zu lassen, wird dem Bundeskanzler ohne Debatte zur Berücksichtigung überwiesen. In mehreren Petitionen, ausgegangen von der Direktion der Neuen Norddeutschen Blz.-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, einer großen Zahl Hamburger Handelsfirmen und Schiffseignern Lauenburgs wird um Aufhebung der Elbzölle gebeten. — In der Kommission hatte der Bundeskommissar v. Puttkamer die Erklärung abgegeben: Der Ausschuss des Bundesrathes habe einen Bericht erstattet, welcher auf die baldige Erledigung der Angelegenheit abzielt, und seit es wahrscheinlich, daß noch im Laufe dieser Session die Vorlage des Gesetzes in Aussicht genommen werden könnte. Nur mit Rücksicht auf diese Erklärung beantragt die Kommission zur L. O. überzugehen, während Abg. Ros trog derselben die Petitionen dem Bundeskanzler mit dem Erlauben überweisen will, noch in dieser Session den Gesetz-Entwurf, an den Reichstag gelangen zu lassen, durch welchen die Elbzölle ohne Verzug in Wegfall gebracht werden.

Präsident Delbrück bestätigt die thatsächliche Richtigkeit jener Erklärung; der Bericht des Ausschusses sei dem Plenum des Bundesraths vorgelegt; bereits habe eine Beratung über die Materie stattgefunden; es sei zu hoffen, daß die Sache in der nächsten Sitzung des Bundesraths erledigt werde. Referent Graf Schwerin findet diese Erklärung viel unbestimmter als die des Kommissars in der Kommission. Hätte sich letzter in dieser Weise ausgedrückt, so würde die Kommission sicher einen dem Ros'schen Antrage ähnlichen Antrag gestellt haben. Er glaube im Sinne der Kommission zu handeln, wenn er heute gegen den Kommissionsantrag für den Ros'schen stimme.

Abg. Ros empfiehlt seinen Antrag, der nothwendig sei, wenn man mit einiger Gewißheit das fragliche Gesetz erwarten wolle. Mecklenburg werde demselben Widerstand leisten, da es bezüglich der Elbzölle beim Abschluß der Verfassung einen Vorbehalt gemacht habe, wie das Gericht sage. — v. Unruh (Magdeburg) hat dieses Gericht auch gehört, hält es aber für unbegründet; es hätte sonst dem Reichstage bei der Vorlegung der Bundesverfassung Kenntnis davon gegeben werden müssen. In der Sache ist er mit dem Ros'schen Antrage einverstanden, während v. Blankenburg ihn als ein unnötiges Drängen bezeichnet. Präsident Delbrück erklärt, daß das Protokoll vom 7. Februar 1867, in welchem der Vorbehalt Mecklenburgs enthalten ist, mit der Bundesverfassung zugleich dem konstituierenden Reichstage vorgelegt sei. — Der Antrag des Abg. Ros wird ange nommen.

Darauf wird in dritter Lesung über den Miquelschen Gesetzentwurf („Die Ausgabe von Staats-Papiergebeld oder die Ertheilung der Konzession zur Ausgabe von Papiergebeld findet nur auf Grund eines auf Antrag der beteiligten Landesregierung erlassenen Bundesgesetzes statt“) an Stelle desselben die von Grumbrecht beantragte Fassung des Gesetzes ohne Debatte genehmigt: § 1. Bis zur gesetzlichen Feststellung der Grundsätze über die Emission von Papiergebeld — Art. 4 Nr. 3 der Bundesverfassung — darf von den Staaten des Norddeutschen Bundes nur auf Grund eines auf den Antrag der beteiligten Landesregierung erlassenen Bundesgesetzes Papiergebeld ausgegeben oder dessen Ausgabe gestattet werden. § 2. Das zur Zeit umlaufende Papiergebeld nach stattgefunder Einziehung durch neue Wertzeichen zu erneut, bestehungswise dagegen umzutauschen, ist gestattet. Hierbei darf jedoch Papiergebeld von geringerem Nennwerthe an die Stelle von Papiergebeld höheren Nennwerths nicht gesetzt werden.

Es folgt die erste und zweite Beratung über den Antrag des Abg. Ros. zur Rabenau, betr. die Einführung der Braumalzsteuer in den zum Bunde gehörigen Gebietsteilen des Großherzogthums Hessen. Präsident Delbrück erklärt, da der Antrag nur die Reproduktion eines bereits im vorigen Jahre gefassten Beschlusses sei, sofort die Stellung des Bundesraths präzisieren zu können. Der Bundesrat habe keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf zu machen, glaube jedoch mit Rücksicht auf die vertragsmäßige Stellung des Großherzogthums Hessen zum Bunde nicht in der Lage zu sein, das Gesetz ohne Zustimmung der hessischen Regierung zu publizieren. Ohne weitere Debatte wird der Antrag v. Rabenau in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgt der vierte Bericht der Petitionskommission. In einer mit mehr als 8000 Unterschriften versehenen Petition beschweren sich die Zigarrenarbeiter Schneider und Genossen über die ihnen aus der Beschäftigung der Buchthausgefangenen erwachsende Konkurrenz, welche nicht nur ihre pekuniäre Lage schädige, sondern auch andere schwer ins Gewicht fallende Ungunträchtigkeiten für sie im Gefolge habe. Sie bitten den Reichstag, zu beschließen, daß die industrielle Arbeit in den Strafanstalten des Bundes dahin beschränkt werde, daß 1) nur solche Detinire mit industrieller Arbeit beschäftigt werden, die vor ihrer Inhaftirung als freie Arbeiter schon mit solcher beschäftigt waren; 2) daß jeder Detinire nur mit der industriellen Arbeit beschäftigt werde, die er als freier Arbeiter betrieben, und 3) daß für die in den betreffenden Anstalten geleistete Arbeit der Durchschnittslohn, welcher für die nämliche freie Arbeit geahlt wird, von den betreffenden Arbeitgebern an die Anstaltklassen gezahlt werden muß.

Die Kommission beantragt Überweisung der Petition an den Bundeskanzler zur Berücksichtigung. Abg. Schwarze hält gerade die Fabrikation von Zigarren in den Strafanstalten für unentbehrlich, da sie allen Anforderungen entspreche, die man an eine geeignete Beschäftigung der Gefangenen machen müsse. Insbesondere würde den umwohnenden freien Arbeitern dadurch am wenigsten Konkurrenz gemacht, da Zigarren einen Weltartikel bilden. Der in der Petition speziell gegen Sachsen erhobene Vorwurf sei ungerechtfertigt. Die in den sächsischen Gefangenekalten fabrizierten 30.000 Mille lämen zu überhaupt fabrizierten 600 Millionen gar nicht in Betracht. Redner beantragt Überweisung der Petition an den Bundeskanzler zur Erwägung.

Abg. v. Hoverbeck hält die Petition in ihrer Fassung für zu weitgehend und glaubt in voller Übereinstimmung mit den Petenten den Antrag dahin formulieren zu können: „Die Petition, soweit sie darauf abzielt, in geeigneter Weise die allgemeine Einführung der für die preuß. Strafanstalten vorgeschriebenen Grundtage für die Beschäftigung der Strafgefangenen mit Arbeit herbeizuführen, dem Bundeskanzler zur Berücksichtigung zu überwiesen.“ — Präsident Delbrück hält den Antrag des Vorredners für den allein annehmbaren. Werde eine Petition dem Bundeskanzler zur Berücksichtigung überwiesen, so müsse doch wenigstens klar sein, was das Haus wolle; dies sei hier nicht der Fall.

Abg. Graf Schwerin konstatirt Namens der Kommission, daß der Antrag derselben keinen andern Sinn haben solle, als der Antrag v. Hoverbecks. Abg. Fr. i. p. s. c. befürwortet dringend den Antrag der Kommission. Durch den gegenwärtigen Zustand arbeite man dem Zweck der Strafanstalten direkt entgegen, indem man durch das Zusammendrägen der entlassenen Sträflinge in einem einzelnen Industriezweig nur die Unzulänglichkeit fördere. Redner bedauert, daß man bei der vom Bunde angestellten Untersuchung über den Einfluß der Strafgefangenen-Arbeit auf die freien Arbeiter nicht sorgfältiger zu Werke gegangen sei und sich namentlich nicht an die beteiligten Kreise selbst gewendet habe. Er beantragt schließlich, falls der Kommissionsantrag nicht angenommen werden sollte, im Interesse der freien Arbeiter und zur Ermöglichung einer Herabminderung des Militäretats den Bundeskanzler aufzufordern, bei den Bundesregierungen dahin zu wirken, daß die Arbeitskräfte in den Strafanstalten nicht mehr an Unternehmer verpachtet, sondern daß dieselben von Bunde weg zur Anfertigung von Militärtreppen verwendet werden.

Abg. Duncker befürwortet diesen Antrag. Die industrielle Arbeit, wenigstens soweit sie die Lage der freien Arbeiter beeinträchtige, ganz aus den Buchthäusern zu verbannen, sei durchaus nicht unmöglich, die Beschäftigung der Strafgefangenen mit Militär- und landwirtschaftlichen Arbeiten sei noch lange nicht genügend ausgenutzt. Nachdem noch der Referent Abg. Müller (Görlitz) den Kommissionsantrag befürwortet hat, wird derselbe ebenso wie der des Abg. Fr. i. p. s. c. abgelehnt, dagegen der Antrag Hoverbecks angenommen. Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag. Tagesordnung: Vertrag mit Schweden, Strafzölle.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 7. April.

Aus Berlin wird uns von offiziöser Seite mitgetheilt: Im Interesse der Wirksamkeit der den General-Superintendenen obliegenden Aufsicht über den Religions-Unterricht in den höheren Schulanstalten hat der evangelische Ober-Kirchenrath die institutionelle Theilnahme derselben an den betreffenden Sitzungen der Provinzial-Schulkollegen gewünscht, wie solche in eintigen Provinzen eingeführt ist. In einem Birkularerlaß theilt nun der Evangelische Ober-Kirchenrath mit, daß ein von ihm an den Unterrichtsminister gerichteter darauf zielender Antrag zwar, sofern er eine gleichmäßige Einrichtung bezwecke, auf Bedenken gestoßen sei, daß aber der Minister aus diesem Anlaß den Oberpräsidienten den Wunsch ausgesprochen habe, zu freien Besprechungen über den Religions-Unterricht an den bezeichneten Anstalten, so oft sie nötig werden, die Hand zu bieten resp. die Provinzial-Schulräthe mit Anweisung zu versehen. Die Anregung zu solchen Besprechungen oder Mittheilungen können von beiden Seiten nach der Ansicht des Ministers ausgehen. Es wird schließlich der Wunsch ausgesprochen, daß die General-Superintendenen von diesem Rechte ergiebigen Gebrauch machen mögen.

— Ueber die Thätigkeit der Ultramontanen in unserer Provinz schreibt man der „Bromb. Blz.“:

Unter den weiblichen Mitgliedern des polnischen Adels in unserer Provinz ist in letzter Zeit eine starke Neigung zum Klosterlichen Leben erwacht, welche wohl als ein Beweis von dem wachsenden Einfluß der Jesuiten angesehen werden darf. Nicht bloß die zahlreichen Nonnenklöster der Provinz sind größtentheils von polnischen adeligen Damen bevölkert, sondern auch die weiblichen Klöster in Galizien und in Polen erhalten alljährlich zahlreiche Novizinnen aus unserer Provinz. In den letzten Wochen sind auch im heiligen Kloster der barfüßigen Karmeliterinnen neuerdings zwei adelige Damen, Fräulein v. Grabowska und Fräulein v. Kapuscinska, als Novizinnen feierlich eingekleidet worden. — Die Pilgerfahrten nach Rom dauern unter der katholischen Geistlichkeit der Provinz Posen noch immer fort. In vergangener Woche haben wieder 8 Geistliche die Romfahrt angetreten. — Die in der Provinz Posen veranstalteten Sammlungen von Beiträgen zu den Kosten des Konzils haben bis jetzt die Summe von nahe an 1000 Thlr. ergeben. Auch der in den Wintermonaten erzielte Ertrag der Sammlungen von Peterspfennigen in unserer Provinz beläuft sich auf mehrere Tausend Thaler. Wenn doch die Mildthätigkeit so reiche Gaben für Schulzwecke spenden möchte, wie viel heller würde es dann in den Köpfen unserer ländlichen Bevölkerung aussehen!

— Der frühere übliche Brauch, wonach der König bei der Geburt eines demselben Elternpaare geborenen siebenten Sohnes zum Pathen gebeten werden durfte, wurde vor längeren Jahren bekanntlich beschränkt. Neuerdings hat, nach der „Kön. Blz.“, der König bestimmt, daß er eine Pathenstelle bei dem achten Sohne auf den Antrag würdiger Eltern annehmen wolle, falls solches nicht schon bei dem siebenten Sohne geschehen sein sollte. Die Eintragung des königlichen Namens als Taufzeuge in das Kirchenbuch ist unter diesen Umständen erlaubt. Der darüber sprechende Aufführung ist vom 26. Februar d. J. datirt.

— Vor dem ersten Kriminalsenat des Obertribunals wurde dieser Tage, wie wir in Berliner Blättern lesen, folgender Prozeß behandelt:

Im Posener herrscht unter der katholischen Bevölkerung die uralte Sitte, sich mehrere Wochen hindurch vor dem Chorfesttag jeder Fleischspeise zu enthalten und nur von Vegetabilien zu leben, in der Zeit vor dem genannten Tage bis zum Ostermontag ein in den Kirchen errichtetes sogenanntes heiliges Grab durch kostümire Personen bewachen und diese letzteren am Ostermontag an offenen Tafelfreuden in den einzelnen Ortschaften Theil nehmen zu lassen. Dieser Sitte folgend hatten sich in der Osterwoche des Jahres 1868 in den Dörfern Skarbozwie und Sokolnik mehrere Einwohner mit rothen Jacken, weißen Hosen, Mützen mit Federn und Blechhelmen kostümirt und mit Säbeln bewaffnet, die sie sich theils selbst angehafft, theils von dem Distriktskommisar geliehen hatten, der sie auch in den Exerzitien unterwies. In diesen theatralischen Anzügen waren sie truppweise unter Trommelschlag in die Kirchen marschiert, um an dem dort aufgebauten heiligen Grabe Posten aufzustellen, welche alle zwei Stunden abgelöst wurden. Sobald der Geistliche in die Kirche trat, wurde er von einer Schaar jener Bewaffneten mit gezogenen Säbeln begleitet und auch von diesen nach der Probstei zurückgeführt, nachdem unter seinem Vortritt mehrfache Prozessionen vorgenommen worden waren. Nachdem die Feierlichkeit beendet, hatten die imitirten Türken des Dorfes Skarbozwie, welches unter dem Kommando des Probsteipächters Skłowski und Organisten Skrecka standen, ihre Waffen sofort abgelegt, die Truppen des Dorfes Sokolnik dagegen unter Führung des Wirthes Sarna in ihrem Waffenschmuck noch einige kleine Streifzüge in die benachbarten Ortschaften gemacht, um unter Trommelschlag und militärischem Schritt in die dortigen Gutshöfe einzuziehen und sich an den Genüssen der Tafel zu stärken. Alles dies war unter den Augen der zuständigen Polizeibehörden geschehen, die ihre Erlaubnis zu den Festaufzügen gern und willig gewährten. Gleichwohl erhob die Staatsanwaltschaft gegen sämtliche Beteiligte Anklage aus § 97 des Strafgesetzbuchs, welcher die unbefugte Bildung bewaffneter Haufen mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bedroht. Das Kreisgericht zu Wreschen erkannte jedoch auf Freispruch, da es sich im vorliegenden Falle nicht um Bildung bewaffneter Haufen, sondern nur um kirchliche Ceremonien handle. Auf die dagegen eingezogene Appellation bestätigte das Appellationsgericht zu Posen in seiner Audienz vom 9. Dezember pr. das erinstanzliche Erkenntniß, unter Feststellung, daß die von den beteiligten Personen benutzten Säbel sich nicht als Waffen, sondern als Kostümstücke charakterisirten. Gegen diese Entscheidung legte die Oberstaatsanwaltschaft Berufung beim Obertribunal ein, indem sie dieselbe seltsamer Weise auf Artikel 46 der Verfassung stützte, nach welchem der König den Oberbefehl über die Hiere führt. Ohne Genehmigung jenes wurde ausgeführt, dürfen bewaffnete Haufen nicht formirt werden. Die Generalstaatsanwaltschaft erachtete indessen nur den Angeklagten Sarna für strafbar, da dieser mit seiner Mannschaft noch nach Beendigung der Kultushandlungen Umzüge gehalten habe, während sie anheimgab, das freisprechende Urteil bezüglich der übrigen Imploranten zu bestätigen. Das Obertribunal erkannte hierauf, daß das appellationstrichterliche Erkenntniß nicht durch rechtsirrtümliche Auffassung zu Stande gekommen sei und wies die Beschwerde zurück.

— Der Anzahl der Waisenkinder, welche gegenwärtig in städtischen Anstalten oder auf Kosten der Stadt unterhalten werden, beträgt 229, davon 27 in der städtischen Waisenknaben-Anstalt, 30 in der Waisen-Mädchen-Anstalt, 19 in der Philippiner-Waisenanstalt, und 153 Waisenkostländer, welche bei verschiedenen Privaten gegen ein Kostgeld von 2 Thlr. monatlich und freie Bekleidung untergebracht sind. Im diesjährigen Staatshaushalt-Estat sind zur Unterhaltung für sämtliche Waisenkinder und Kindlinge 4164 Thlr. ausgesetzt. Von 30 dieser Kinder, welche auf Kosten der Stadt unterhalten und erzogen werden, leben noch die Eltern, welche entweder in Gefängnissen sitzen oder vagabondiren, oder auf sonstige Weise unfähig sind, für ihre Kinder zu sorgen. In Ganzen sind diejenigen Waisen, welche bei Privaten untergebracht sind, gut aufgehoben, und wird für deren Bekleidung besser gesorgt, als es die häufig mit zahlreichen Kindern gesegneten Eltern der ärmeren Volksklassen zu leisten im Stande sind. Sobald die Kinder konfirmirt sind, werden sie aus der städtischen Pflege entlassen; die Knaben treten alsdann meistens bei Hand-

werkern in die Lehre während leider die Mädchen nur schwer ein Unterkommen finden, da sie in dem Alter von 14 Jahren meistens noch zu schwach sind, um in den Dienst treten zu können; viele derselben fallen später der Prostitution anheim, umsonst, da ihnen jeglicher Familiennahmen fehlt. — Als ein Antrittsamt theilen wir mit, daß unter den Kindlingsknaben zwei namenlose sind, welche man in früherer Jugend aufgewandt und deren Eltern total ungekannt sind. Dieselben sind getauft worden und haben in Gemangelung eines Familiennamens eine Benennung erhalten welche ihren namenlosen Zustand vollkommen bezeichnet. Der eine führt nämlich den Namen: Valentianus Anonymus (der Namelose), vielleicht einmal Stammhalter des berühmten Geschlechtes der Anonymi, der andere, gegenwärtig ein giàhriger sehr hübscher artiger Knabe, giebt, wenn man ihn nach seinem Namen fragt, lächelnd die Antwort: „mein Name ist Kaspar Enen“ (R. N.).

— Merkwürdiges Mittel gegen Selbstmord. Am Montag Abends 10 Uhr ging ein hiesiger Einwohner über die Wallstraßebrücke, als er bemerkte, daß in der Nähe des dortigen Krüppel ein Mann sitzt auf der Barriere schwang, um sich von da in die angeworfenen Blüten zu stürzen. Aber kurz entschlossen, versetzte ihm der Vorübergehende mit seinem Stock einen außerordentlich kräftigen Hieb auf denjenigen Körperteil, von welchem viele Padagogen behaupten, Mutter Natur habe denselben nur zu erziehlichen Zwecken geschaffen. Die Wirkung dieses Schläges war eine wundbare: der Lebensmüde sprang von der Barriere auf die Brücke herunter, schimpfte seinen Lebensretter zunächst wildlich aus und, indem er noch immer den empfindlich berührten Körperteil rieb, rief er aus: Jetzt denk' ich erst recht nicht daran, mich zu ersäufen.

— Der scharfe Frost, welchen wir im Anfang des Februar hatten, ist selbst noch gegenwärtig, seitdem bereits recht milde Witterung eingetreten ist, an manchen Erscheinungen bemerkbar. So z. B. befindet sich in den Festungsgräben am Eichwaldthore, trotzdem dieselben den Sonnenstrahlen ausgesetzt sind, noch immer eine Eisdecke von etwa 1/2 Fuß Stärke, und Nachgrabungen, welche an verschiedenen Stellen der Stadt durch die Kunstdiener der städtischen Wasserwerke vorgenommen werden, ergeben, daß die Erde, welche ursprünglich an vielen Stellen bis zu 5 Fuß Tiefe gefroren war, erst 1 Fuß von oben, und ebenso viel von unten her durch die Erdwärme aufgetaut ist, so daß demnach das Erdreich noch immer in einer Stärke von 3 Fuß gefroren ist.

— Die Großböttcherrei, welche gegen Ende des vorigen Jahres ziemlich darniedrig lag, so daß dadurch in Folge der von den Meistern herabgesetzten Arbeitsschäden die Böttchergerüste hervorgerufen wurde, erfreut sich gegenwärtig wieder eines sehr bedeutenden Aufschwunges, so daß die Nachfragen, hauptsächlich nach Spiritusfässern, kaum befriedigt werden können. Es kommt dies daher, weil einerseits gegenwärtig sehr viele leer Spiritusfässer nach Polen gehen, andererseits aber auch beträchtliche Mengen von Häßern mit Spiritus und Sprit von hier mit der Eisenbahn nach Hamburg geschickt werden. Dort werden dieselben meistens nach Frankreich verladen, und kehren von da nicht mehr zurück. Gegenwärtig langen hier auch per Zug große Spiritus-Transporte aus Polen an, welche transito nach Hamburg verladen werden.

— Konzert. Am Sonnabend bringt der L. Musikdirektor Dr. Vogt im Logensaal das Tongemälde „am Meerestrande“, von Julius Otto, mit den Kräften des allgemeinen Männergesangvereins zum ersten Male zur Aufführung. Schon längere Zeit haben die Übungen zu dieser Aufführung stattgefunden, so daß voraussichtlich der höchste Grad der Präzision in den Chören erreicht werden wird; ebenso werden die Solo-Partien von bewährten Kräften geführt, und wird Dr. Rector Banjelow die verbindenden Declamationen sprechen. Bei der Vorzüglichkeit dieser neuen Ottoschen Komposition, sowie bei der allgemein anerkannten tüchtigen Leistungen des Männergesangvereins steht demnach ein höchst genauer Konzertabend in Aussicht.

— Er. Grätz 4. April. [Diskonto-Gesellschaft.] Aus dem Geschäftsbuchbericht der Diskonto-Gesellschaft zu Grätz (eingetragene Genossenschaft) über das erste Vierteljahr des Bestehens vom 1. Januar bis 30. März c. entnehmen wir folgende: Der Verein zählt 40 Mitglieder; Das Guthaben derselben beträgt 2100 Thlr. Die Einlagen von Nichtmitgliedern betragen 687 Thlr. (und) und bei der königlichen Bank zu Posen sind 1929 Thlr. in Wechsel disponirt — Man geht hier mit dem Plane um, neben der Diskonto-Gesellschaft, welche nur für die Kaufleute da zu sein scheint, noch einen Vorschuß-Verein nach den Schulze-Delitzschen Prinzipien usw. zu rufen, um dadurch auch den Handwerkern und Gewerbetreibenden Gleichheit zu schaffen.

— Weferitz, 6. April. [Schulprogramm]. Das soeben erschienene Programm unseres Gymnasiums pro 1869/70 weist einem Bestand von 160 Schülern nach. Die Vorschule, deren Einrichtung nach dem Programm von 1869 in Aussicht genommen worden war und bei Beginn des Schuljahrs auch vollzogen wurde, gehörten 11 Schüler an. Es haben demnach überhaupt die Anzahl während des Schuljahrs 1869/70 171 Schüler besucht.

— R. Rawicz, 5. April. [Abiturientenprüfung. Viehmarkt.] Unter dem Vorsitz des königl. Provinzial-Schulraths Dr. Mehring aus Posen fand am 2. d. M. die Abiturientenprüfung in der hiesigen Realschule statt, bei welcher 5 Primaner das Zeugnis der Reife erhielten. — Der am 31. März und 1. April hier abgehaltene Viehmarkt brachte eine ungewöhnlich große Anzahl Waare auf den Platz. Rindvieh erhielt sich in hohem Preise und wurde Mittelpreis nicht unter 35—40 Thlr. verkauft. Schweine wurde ebenfalls in Genüge zugetrieben und es war vorzugsweise Jungvieh vertreten. Pferde (nur Arbeitspferde) wurden begehr und erzielten höhere Preise wie gewöhnlich. Der Abf

Musik, und die weichen sentimentalnen Empfindungen rollen in allen den Modulationen, deren das süperbe Organ der Künstlerin fähig ist, wie gesprochene Thränen dahin. In dieser Partie erst hat Frau v. Bulyovszky ihr eigentliches Terrain beschritten; denn ihr Reich ist der Rothorn und auf ihm wandelt sie wie eine Auserwählte. Wir haben nicht unterlassen, unsere Zweifel über die innerliche Gestaltung verlauten zu lassen, welche Frau v. Bulyovszky ihren bisherigen Rollen zu Theil werden ließ; wir nehmen diese Zweifel zurück, denn ihr Spiel im 2. und 3. Akte, wo sie mit dem ergreifendsten Mutterherz ihr Kind preisgibt, und mit gebrochener Seele ihren Gemahl verläßt, war auch innerlich so durchgearbeitet und künstlerisch, so psychologisch wahr, gesahnt und edel, daß wir den Abend zu den genüchtesten zählen, die uns noch das Theater geboten. Der Beifall des nicht zahlreichen Publikums war auch ein entsprechender und verschiedentlich durfte die Gastin bei offener Szene den stürmischen Applaus der Zuschauer entgegennehmen. Es war aber auch kein Wunder bei dieser Fülle vor herrlichen Naturgaben, dieser wahrhaft staunenswerthen Bewältigung eines brillanten Organs, der vollendeten Erscheinung mit ihren plastischen Bewegungen, der ergreifenden Wahrheit der Mimik. Wir würden an Frau von Bulyovszky die Bitte richten, diese Rolle noch einmal zu wiederholen, wenn wir glauben dürften, daß das Publikum (das wirklich viel verliert, wenn es diese "Grisseldis" nicht sieht!) sich zahlreich bei einer Wiederholung einfinde. Durch Hrn. v. Baronche (Köhler Cedric) wurde Frau v. Bulyovszky diesmal in hervorragender Weise unterstützt; die Energie und ungebrochene Kraft des blinden Greises, dessen Mimik nach jeder Richtung künstlerischen Anforderungen genügte, die Gemüthsstärke und der trostige Pfeiferstolz dieses unglücklichen Vaters einer unglücklicheren Tochter, die sich so charakteristisch in den Worten aussprechen:

"Ich hau' die Hand mir ab, wenn sie mich ärgert,
Und stroft das Blut mir schwollend in den Pulsen,
Reißt ich die Adern auf, daß ich genese!"

wurden mit tiefem Verständniß und richtiger Auffassung von Hrn. v. Baronche wiedergegeben. Auch er ward bei offener Scene gerufen. Sonst gebührt noch Hrn. Einicke, welcher die umfängliche Rolle des Parcival in nicht vollen 24 Stunden anstatt des "angeblich" kranken Hrn. Giers hatte lernen müssen, entschiedenste Anerkennung; unter solchen Verhältnissen leistete er in Spiel und Sprache das Mögliche. Auch Hr. Mayer als "Tristan" gab seine Partie mit ernstem Verständniß. Und nun noch ein Wort nicht des Theatels, sondern der Entrüstung! Wir haben in dieser Saison manches erlebt, wir haben wunderliche Vorstellungen von der Gedächtniskraft mancher unserer Mimen erhalten, aber — sunt certi denique fines! das, was wir uns von Hrn. Groß in der "Grisseldis" bieten lassen mußten, steht unübertroffen da; Hr. Groß scheint bei dem Athener Simonides die Kunst des — Vergessens gelernt zu haben. Auf offener Szene mußte Frau von Bulyovszky die Kuntpausen seines Gedächtnisses durch Soufflen ausfüllen. Wir haben gar nicht so scharfe Worte, um gehörig eine solche Nachlässigkeit eines Schauspielers abzufertigen, selbst wenn wir den Umstand erwägen, daß Hr. Groß dem Opernpersonal angehört.

Frau von Bulyovszky aber unsern Dank für ihre vortreffliche Leistung! Sie hat den Beifall nötig, um die nicht in ihr liegenden Hindernisse, die ihr hiesiges Gastspiel grausam verfolgen, nicht zu schwer zu empfinden.

— m.

R. Die Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn

kann für die beteiligten Kreise und Städte erst dann ihre segensreiche Bestimmung erfüllen, wenn der Übergang über die Warthe bei Posen, zu welchem mehrere große Brücken in der Verlängerung der Domänenanwiese über die Warthearme gebaut werden sollen, und die Verbindung der Posen-Thorn-Eisenbahn mit der Stargard-Posen-Breslauer Linie sowie der Märkisch-Posener Eisenbahn hergestellt sein wird. Sowohl der Bau der Warthebrücken bei Posen, als die Herstellung des hiesigen Central-Bahnhofes liegen noch in weiterer Ferne, da über die benötigten Bauprojekte eine Einigung mit den beteiligten Militär- und Landes-Polizeibehörden noch nicht erzielt worden ist. Man wird nicht zu ungünstig urtheilen, wenn man eine dreijährige Frist bis zur Vollendung dieser großartigen Anlagen in Aussicht stellt. Wäre erst der Wartheübergang vollendet, so ließe sich allerdings auch ohne Herstellung des Centralbahnhofes eine interimsistische Verbindung mit der Stargard-Posen-Breslauer Eisenbahn durch Benutzung des jezigten Bahnhofes in Jerzyce erreichen. Die Stargard-Posen-Breslauer Bahn und Bahnhof Jerzyce stehen dagegen schon in direkter Schienengebindung mit der neuerbauten Märkisch-Posener Eisenbahn und ihrem Interimsbahnhof bei Müllhausen (Posen), durch ein besonderes bereits betriebsfähiges Verbindungsgeleis in der Feldmark Oberwildau. Es deuten viele Anzeichen darauf hin, daß von Seiten der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft die Absicht vorliegt, die Bahnstrecken zwischen Nowa Wola und Posen nach ihrer Fertigstellung nicht eher zu eröffnen, bis der Centralbahnhof, oder doch bis die Warthebrücken bei Posen vollendet sein werden.

Für die beteiligten Kreise läge in diesem Plane eine belagenswerthe Verzögerung der Bahneröffnung. In den Kreisen Gnesen, Mogilno und Schröda fürchtet man eine solche Eventualität und sehnt die sogleichste, wenn auch theilweise Eröffnung der Eisenbahn sehr herbei. Nach der Lage der Eisenbahnarbeiten würde die Eröffnung der Strecke Gnesen-Posen bis zum Herbst 1870 sehr wohl möglich sein, wenn ein solches Ziel schon jetzt ernstlich ins Auge gesetzt und die erforderlichen Einrichtungen danach getroffen würden. Da keinesfalls bis zum Herbst 1870 und ebenso wenig binnen Jahresfrist die Vollendung der Warthebrücken bei Posen hergestellt werden möchte, so ist eine Eröffnung der Gnesen-Posener Strecke nur dann ausführbar, wenn am rechten Wartheufer bei Posen ein kleiner Interimsbahnhof, welcher späterhin als Haltestelle sehr wohl dauernd mit Nutzen verwertet werden könnte, errichtet würde. Je näher den Vorstädten Schröda etc. diese Haltestelle gebracht werden könnte, desto nützlicher würde dieselbe den dermaligen und dauernden Verkehrsstrecken der Stadt Posen und der Landkreise sich erweisen. Am Vortheilstesten wäre es, wenn die Haltestelle unmittelbar an die Warthe plaziert werden könnte, um direkte Verladung vom Wasser zur Bahn und umgekehrt zu erleichtern. Es läßt sich nicht annehmen, daß eine Direktion irgend einer Eisenbahngesellschaft ohne besondere Rücksicht eine direkte Verbindung mit Kanälen und schiffbaren Stromen legen wird, weil letztere unzweckhaft dem Eisenbahnverkehr empfindliche Konkurrenz machen. In vorliegendem Falle hat die Oberlausitz-Eisenbahn indessen von den Thalstationen auf der Warthe weniger zu beforschen, weil ihre Bahnen durch solche nur auf kurze Strecken wesentlich beeinflußt werden. Die Errichtung des Interimsbahnhofes bei Glosno, von welcher mehrfach die Rede gewesen, würde für den Verkehr der Landkreise mit der Stadt Posen, der Warthe und den bestehenden Bahnhöfen nur von geringem Werthe sein.

Den Vernehmen nach werden die hier berührten Fragen besonders im Kreise Gnesen lebhaft diskutirt. Es ist einigermaßen auffallend, daß die Stadtbehörden in Posen sich anstrengen zu solchen gänzlich passiv verhalten, und daß selbst die sonst so rührige Handelskammer noch in keiner Beleuchtung jener wichtigen Angelegenheit öffentlich hervorgetreten ist.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Bei Rob. Winkelmann in Berlin ist ein Jagd-Kalender erschienen. Da das neue Jagd-Schongesetz ziemlich kompliziert ist und von dem alten bedeutend abweicht, so wird dieser kleine Kalender, der eine klare, übersichtliche Zusammenstellung der Bestimmungen des Gesetzes vom 26. Febr. d. J. giebt und den man, seines kleinen Formats wegen, bequem im Portemonnaie bei sich führen kann, jedem Jäger und Jagdliebhaber sehr willkommen sein. Preis 7½, Sgr.

* Die Entstehung der Welt und die Einheit der Naturkräfte. Populäre Kosmogonie von Philipp Spiller. (Berlin 1870. Carl Heymann.)

Wir wollen nicht verfehlten, unsere Leser darauf aufmerksam zu machen, daß der namentlich in unserer Provinz bekannte Professor Spiller in Berlin ungeachtet seiner Pensionierung im Jahre 1861 einen äußerst regen Fleiß entwickelt, denn kaum ist die vierte sehr vermehrte Auflage seiner populären Schriften erschienen, so folgt ein größeres Werk von 30 Bogen unter dem obigen Titel. Nach dem der ersten Lieferung beigegebenen Inhaltsverzeichnisse hat das Werk vier Theile: Musterung der Weltkörper, Entwicklungsgeschichte des Erdkörpers, Entstehung und Vervollkommenung des organischen Lebens und die Einheit aller Naturkräfte. Wir erhalten in ihm Ausschlässe darüber, wie sich die Weltkörpersysteme aufgebaut haben, wie die verschiedenen Weltkörper beschaffen sind, wie namentlich die Erde zu dem geworden, was sie heute ist, wie mit ihrer Entwicklung auch das ganze organische Leben von den ersten Spuren bis zu der jetzigen Vollkommenheit, welche im Menschen gipfelt, sich gestaltet hat, wie die waltenden Kräfte, so mannigfaltig sie auch in den Erscheinungsformen auftreten, doch nur der Ausfluß einer einzigen Urkraft sind, welche allen Stoff im Weltraume, insfern er zur Körperfestigung dient und an sich passiv ist, beherrscht. Das Werk ist also geeignet, eine ganze Anzahl von einzelnen Fachschriften entbehrlich zu machen, außerdem liegt in ihm der Werth, daß es sich zum Zwecke macht, das Volk vor einer jetzt sich breit machenden verdummenden Strömung in einem sicherer Hafen zu bringen und die göttliche Vernunft in ihre Rechte einzuführen. Jede von den siebenmonatlich auszugebenden Lieferungen zu 4 bis 5 Bogen kostet 10 Sgr.

* Von John Stuart Mill's gesammelten Werken liegt uns in einer vom Verfasser autorisierten, von Prof. Dr. Th. Compte redigirten und in Fues's Verlag (R. Reisland) zu Leipzig erschienenen deutschen Uebersetzung der erste Band vor. Wir begrüßen diese Ausgabe mit Freuden, denn sie macht die deutschen Leser mit dem größten englischen Nationalökonom und Philosophen der Zeit bekannt. In John Stuart Mill hat sich spekulativer Forschung mit praktischer Beobachtung innig verbunden; er tritt für die Frauen und ihre politischen Rechte ein, weil die Objektivität seines Denkens jeder menschenrechtlichen Unterscheid widerstrebt und weil er an seiner eigenen Gattin, der er, wie er selbst gesteht, "das Beste in seinen Schriften" verdankt, die praktische Wahrnehmung gemacht, daß das Weib eine freiere, thatenreichere Stellung verdient und ausfüllen kann, als man ihr einkräumen möchte; er spricht in einer Abhandlung von der "Freiheit, nicht der sogenannten Willensfreiheit, die einen so unglücklichen Gegenzug zu der missbräuchlich so benannten Lehre von der philosophischen Notwendigkeit bildet, sondern von der bürgerlichen oder sozialen Freiheit"; er untersucht die Be rechtigung des "Möglichkeitsprinzips" nach seiner philosophischen wie nach der Opportunitätsseite hin, und spricht sich endlich in einer Rektoratsrede über die Reform der Universitäten aus. Zwölf Bände werden die Ergebnisse seiner umfassenden Geistesarbeit füllen. Die deutsche Uebersetzung ist nicht immer korrekt und allgemein verständlich. Wendungen wie "als erstes Beispiel brauchen wir nur an die Antipathien zu denken" oder "die Vorstellung, es sei die Pflicht (E) eines Menschen, daß ein anderer Mensch religiös sei" oder "Handlungen, die einem Andern ein Leid zufügen" sind in einem philosophisch-praktischen Werke ebenso wegen ihrer Unklarheit unzulässig, als sie vor allen Dingen undeutsch sind.

Bermischtes.

* Berlin. Der Graf S., einer der begütertesten schlesischen Magnaten fand sich kürzlich mit einem Offizier der hiesigen Garnison, einem Herrn v. X., dessen Vater früher eine sehr einflußreiche Stellung hier in Berlin innegehabt hatte, bei einem sehr feinen Diner zusammen. Graf S. soll bei dieser Gelegenheit sechs Blanko-Urkette gegeben haben, welche hinterher à 5000 Thlr. ausgefüllt wurden. Die Wechsel kamen in Umlauf und waren mit dem Ausstellungs-Bermerk des Herrn v. X. versehen. Sie wurden allgemein in der Wucherpreis hier angeboten, indessen überall refusirt. Denn wenn man auch den notorischen Reichtum des Grafen S. kannte, so wollte man die Wechsel doch nicht, selbst nicht zu 50 Prozent, als wou sie von den hiesigen Kommissionären ausgeboten wurden, auf Gerathewohl kaufen, sondern sie erst vorher erkognosirt lassen. Der Graf S. war aber nicht am Orte. Der der bekannten Bucherer, worunter der Kaufmann I., der schon einmal wegen Diebstahl bestraft ist, konnte es doch nicht unterlassen, eines der Urkette, gelöst durch den hohen Gewinn, zu kaufen. Der Wechsel ist aber nicht eingelöst worden, vielmehr hat der Graf S. in dem diesbezüglich angestrengten Wechselprozeß sein Urkzept nicht erkognosirt. Wird der Diffusionseffekt geleistet, so muß eine Fälschung vorliegen.

* Breslau, 3. April. [Museum. Gewerbe-Ausstellung. Vom Theater. Musikalisches. Katholischer Volksverein-Hausblätter. Inserate.] In Sachen des projektierten Museums hat das Komite einen Auftrag an die Bewohner der Hauptstadt und der Provinz zur werthaltigen Beteiligung an der Realisirung des Unternehmens erlassen. — Es soll Ausicht vorhanden sein, daß zunächst in den restaurirten Räumlichkeiten der Liebichhöhe ein Anfang mit Ausstellung von Kunstgegenständen gemacht wird und wäre dies jedenfalls eine passendere Verwendung dieses schönen Bauwerks als eine abermalige Vermietung desselben an einen Restaurant. — Zu unserer im Mat beginnenden Gewerbe-Ausstellung im Schießwerder mehren sich die Anmeldungen aus der Provinz in höchst erfreulicher Weise. Magistrat hat beschlossen, außer den vorhandenen Räumlichkeiten noch eine umfangreiche hölzerne Kolonade zur Aufnahme von Ausstellungsgegenständen zu erbauen. — Was unsere Theaterverhältnisse anbelangt, so hat Hr. Direktor Lobe bei dem Theater-Aktien-Verein den Antrag gestellt, das Stadttheater während der Sommersaison jährlich einige Monate schließen zu dürfen und wird das Direktorium zur Beschlusssfassung über diesen Antrag eine außerordentliche Generalversammlung einberufen. Selbstverständlich würden der Ersparnis wegen für diese Zwischenzeit die besten Kräfte der Oper und des Schauspiels beurlaubt werden müssen und hätte sich das Operntheater dann mit dem überbleibenden Personal zu begnügen. Im Stadttheater gastirt zur Zeit ein ehemaliges Mitglied unserer Bühne, Herr Ludwig vom deutschen Theater in St. Petersburg mit vielem Erfolge, in nächster Zeit wird Herr Haase hier eintragen, um einen Syllus von Gastvorstellungen zu geben. — Der Ballettmaster Jerruzi, welcher zugleich als tüchtiger Tanzlehrer einen Ruf in unserer Stadt besaß, ist von Hrn. Lobe entlassen worden und hat gestern mit 12 seiner Cleven eine Vorstellung im Kurtheater gegeben. Hr. Direktor Kruse hat sein erlaubtes Grundstück am 1. d. M. übernommen und wird bereits in den nächsten Tagen mit dem Aus- und Umbau desselben begonnen werden; nach einer öffentlichen Bekanntmachung sollen die Vorstellungen bereits im September beginnen. Das jegige Kurtheater wird unter seinem neuen Chef den Namen Thaliatheater annehmen. — In musikalischer Beziehung haben wir im Laufe der verflossenen Woche einen nennenswerten Verlust erlitten, indem die Kapelle des 6. Infanterie-Regiments mit ihrem Kapellmeister Börner nach Brieg versetzt worden ist. Hr. Börner hatte sich hier durch seine Symphonie-Konzerte einen guten Namen gemacht und wird recht vermisszt werden. Seine Stelle im Liebichshöhe-Etablissement wird unter Leitung des Kapellmeisters Lüftner ein neu gründetes Musikkorps unter dem Namen "Breslauer Konzertkapelle" auszufüllen suchen. Ein Theil der Börnerischen Kapelle, die in ihrem bisherigen Umfange in Brieg keine Verwendung findet, ist unter Lüftners Leitung getreten. — In dem katholischen Volksverein, welcher am Dienstag im Winzenhause, der ehemaligen Humanität, unter dem Vorsitz des Konistorialrat Schuppe tagte, wurde eine Fragekasten-Einlage: "Warum haben die Haussblätter den Geburtstag unseres Königs ohne jede Beachtung gelassen?" Zur Debatte gestellt. Der Vorsitzende gesteht das Auffallende dieses Verhaltens zu und bedauerte es. Selbst die "Sukunis", dieses Organ Jacobys, meinte unter Anderem Hr. Schuppe, habe diesen Tag einer besonderen Erwähnung wert gehalten. Möge das Verhalten der Haussblätter nun aber ein Mißgriff oder eine Demonstration der Haussblätter sein, so viel sei gewiß, daß die Leser derselben und überhaupt alle Katholiken

gute Patrioten seien. Hr. Schuppe schloß seine Rede mit einem Hoch auf den König. Wie wir hören, wird übrigens jetzt eine regsame Agitation gegen die politische und religiöse Richtung dieses Organs ins Werk gesetzt und wird der bisherige Kurator desselben, Professor Dr. Gieger, demnächst aus dieser Stellung ausscheiden. Auch aus Westpreußen, wo der verlorne Dompropst Dr. Hesse dem Blatte eine Menge Leser verschafft hatte, sind dringende Reklamationen gegen die politische Richtung desselben eingelaufen. — In der Loge zum Szepter hier selbst wird aus einer Stiftung des Professor Kahler alljährlich am Geburtstage des Genannten an je einen Schüler der oberen Klassen der hiesigen höheren Lehranstalten Bücher im Werthe von etwa 5 Thlr. verteilt. Hr. Direktor Reisland vom katholischen Gymnasium hat dieses Jahr jedoch die Beihilfung eines seiner Schüler abgelehnt. — Zum Schlus einige unserer Annoncen. Eine gebildete Dame gesetzten Alters, die ein großes Verlangen, aber keine Mittel besitzt, Rom zu besuchen, sucht in den "Haussblättern" Zeinander, der sie auf seine Kosten mitnimmt. Ferner sucht in der "Breslauer Zeitung" ein pünktlich zählender Mieter in einem flügelspielfreien Hause eine Wohnung von 4 Zimmern. Endlich preist ein zum Jahrmarsch ansehender Schnittwarenhändler seine Leinen- und Baumwollware unter der Sicherung an, daß sie unzertrennlich seien, wie die Siamesischen Zwillinge.

* Der Theater-Herzog Ernst von Coburg-Gotha hat an Hr. Gallmeier in Wien folgenden an die Schäferzeit und das Rotolo erinnernde Epistel gerichtet, welche das "N. Fremdenbl." in Wien mittheilt: "Unserer reizenden Künstlerin zuerst einen freundlichen Gruß und die herzlichsten Wünsche zum heutigen Tag! Möchten Sie als Königin aller liebenswürdigsten Pepis die Biederkeit desselben noch so oft feiern, als es Ihre Freunde und Bewunderer aufrechtig wünschen. Da Ihre Antichambre von Gratulanten überhäuft sein wird, so müssen Sie mir, als Sprecher einer anonymen Deputation des Publikums, wol schon in aller Frühe gesellen, mit einer submissiven Supplik Ihnen zu nähern, welche die unbedeckte Witte enthalte, vielleicht noch einmal mit Ihrer rosigem Laune die norddeutschen Gemüther aus ihrem Traume von Ueberheit und Kritik zu erwecken. Die Wärme Ihres Humors hat gestern Wunder gehabt und gleich der Frühlingssonne (die uns bis jetzt noch ganz fehlte) Glück und Frohsinn erspielen lassen. Möchten Sie die Entstehung dieser extravaganten Bitte nur als eine Folge Ihrer entzündlichen Leistungen ansehen und ihr nicht das allerdings verdiente Schicksal bereiten, welches allen unbescheidenen Suppliken zu Theil zu werden pflegt. Der Montag wäre ein guter Tag für eine Wiederholung von 'Margaretha', 'Das Versprechen hinter'm Herd' und 'Diplomatischer Cancan'? Ich erwarte ein 'Ja' oder 'Nein', um entweder von allen Thürmen die frohe Kunde erschallen oder den Münzen Tempel mit Trauerlor umzüllen zu lassen. Wie jeder Suppliant, ziehe ich mich mit den üblichen Redensarten zurück und verbleibe Ihr ergebener

Gotha, am 11. März 1870.

Ersatz m. p.

* Hamburg, 5. April. Die Leiche des in St. Petersburg verstorbenen chinesischen Gesandten Mr. Burlingame ist am Sonnabend per Eisenbahn in Begleitung eines Dolmetschers und zweier Diener hier angekommen und von hier aus nach England gegangen, um von dort laut testamentarischer Bestimmung nach China eingesetzt zu werden. (H. C.)

* Wien, 6. April. (Tel.) Bei dem heute vorgenommenen Einsturze eines Neubaus in der Maximilianstraße sind zahlreiche Menschen verunglücht; man spricht bis jetzt von 9 Toten, 7 schwer und mehreren leicht Verwundeten. Der Kaiser war auf dem Schauplatz des Unglücks erschienen und traf selbst die nötigen Anordnungen.

* Militärische Schmerzen. Die wiener "Glocke" erzählt: Neulich wurde ein kranker Soldat in das Spital gebracht. Der Arzt, welcher die Woche hat, kommt bei der Inspektion an sein Lager. "Wo fühlen Sie die meisten Schmerzen?" fragt er. — "Im Regiment!" antwortete der Kranke.

* Stockholm, 29. März. Hier wurde am Mittwoch Abend in einem Hotel der 63jährige Advokat-Hofrat G. W. Montan mittels eines dünnen Bindfadens von einem 21-jährigen Mädchen, Namens Josephine Katharina Elund erdrostet. Der ermordete hatte seit einiger Zeit in intimer Beziehung zu dem jungen Mädchen gestanden, welches sich sofort nach der Verhaftung zu dem Mörde bekannte und behauptete, ihren Liebhaber aus Rache darüber getötet zu haben, daß er nicht sein Versprechen, ihr einen guten Platz als Ladendemoiselle zu verschaffen, erfüllte.

* Von Stitza nach Petersburg über San Francisco, Newyork und Bremen hat ein Missionar, ein griechischer Mönch, die 15,750 Werst oder ca. 2530 deutsche Meilen lange Reise in 50 Tagen (5. Dezember bis 18. Februar) oder eigentlich, da 14 Tage auf das Verweilen an verschiedenen Orten kommen, in nur 36 Tagen zurückgelegt. Die Kosten beliefen sich auf 900 Rubel.

* Folgende royale Styprobe finden wir in der russischen "Tamboffer Zeitung". Gestern hat Se. Majestät Alexander II. um 10 Uhr wieder zu erwachen und nach einem einfachen Frühstück Sich auf die Bärenjagd zu begeben geruht. Als Höchstdienselben in den Wald mit Ihrem Gefolge kamen, sahen Sie einen Bären, den ein glücklicher Instinkt hierhergeführt hatte, um den Geist des Vaters unseres glücklichen Russland zu erheitern. Aber beim Anblick des Herrn von Millionen ihn anbetender Wilden blieb der Bär wie versteinert stehen und man merkt deutlich, daß anstatt der Wildheit welche dies Thier im Allgemeinen kennzeichnet, seine Physiognomie einen Ausdruck antispiriter (sic!) Freude zeigte, als denkt es, wie das einem getreuen Untertanen Seiner Majestät gebührt, an die Freude, von der Hand seines gnädigen Souveräns zum Tode gebracht zu werden. — Von der Jagd wieder zurück, wurde Se. Majestät heiser, geruht jedoch nach Anwendung der üblichen Mittel Sich besser zu befinden; hierauf begaben Sie Sich zu Bett und hatten am folgenden Tage die entzündende Gnade, völlig wiederhergestellt zu sein."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasmann in Posen.

Angekommene Fremde vom 7. April.

MYLIUS HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbes. v. Treskow aus Radojewo, v. Treskow a. Breslau, v. Jaraczewski a. Jaraczewo, Gostynski a. Polen, Ingenteur Fischer a. Benschen, die Kaufl. Landmann u. Sohn a. Neutomysl, Kühle a. Görlitz, Laubach a. Lütitz, Adler a. Paris, Lange a. Stettin, Brabek a. Elbersfeld, Salut a. Berlin, Werdermann aus Halle, Siegmund a. Walthershausen.

HERBWIG'S HOTEL DE ROME. Die Ritterges. Schlanke a. Sommerfeld, Securius a. Leuthen, Direktor Schmidt a. Pommern, Fabrikant Hellberg a. Hannover, Dr. Preisenthal a. Kosten, die Kaufl. Theile aus Brügge,

Bekanntmachung.

Die direkte Verpflegung mit Brod u. Bourage der auf unbestimmte Zeit nach Freistadt in Schlesien ins Kantonement verlegten Truppen für die Zeit vom 1. Mai c. ab, bis spätestens ultimo December 1870 soll im Wege des öffentlichen Submissions- resp. Elizitations-Vorfahrs an geeignete Unternehmer vergeben werden. Zu diesem Behuf ist von uns ein Termin auf

Mittwoch, 13. April c.,

Vormittags 9 Uhr,
in unserem Geschäftskloster anberaumt, zu welchem qualifizierte Unternehmer hiermit aufgefordert werden, ihre schriftlichen Offeren verfiegen unter Kreuz-Convict mit der Aufschrift:

Submission auf Brod- und Bourage-
Lieferung für den Kantonementsort
Freistadt i. Schl.

uns rechtzeitig einzusenden.

Das monatliche Bedarfs-Quantum beträgt circa 3825 Brode,

17 Centner Hafer,

10½ " Heu,

14½ " Stroh.

Die Preisforderungen sind pro Brod à 5 Pf. 18 Eh., beim Hafer pro Centner à 100 Pf. zu einem Gewicht von 48 Pf. pro Berliner Scheffel blank Eisen gestrichen, beim Heu und Stroh pro Centner à 100 Pf. abzugeben. Die Lieferungs-Bedingungen sind bei den Provinzial-Amtmännern zu Posen und Glogau sowie bei dem Magistrat in Freystadt an jedermann's Einsicht ausgelegt.

Posen, den 3. April 1870.

Königliche Intendantur des
5. Armee-Corps.

Ostrowo, den 31. März 1870.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung der königl. Regierung soll die Chausseegeld-Habefeste zu Szczecinica auf der Provinzial-Chaussee von Ostrowo nach Pleschen vom 1. Oktober c. ab auf 3, event. auf 1 Jahr an den Meistbietenden verpachtet werden.

Hierzu habe ich einen Termin auf
den 20. Mai c.

Vormittags 10 Uhr

in meinem Bureau anberaumt, zu welchem ich Nachfrage mit der Bemerkung einlade, daß zum Bieten nur diejenigen Personen zugelassen werden, welche sich als dispositionsfähig erweisen und zur Sicherheit ihrer Gebote eine Kautioon von 150 Thlr. daor oder annehmlichen Staatspapieren erlegen. Die Bachtbedingungen liegen in meinem Bureau zur Einsicht aus.

Königlicher Landrat.

Mein in Zirkuwo, Herzogthum Posen, an der Chaussee belegenes Grundstück, 200 Morgen in guter Kultur, Boden I. Klasse, will ich incl. Inventarium aus freier Hand verkaufen.

Johann Gottlieb Zülke
in Zirkuwo.

Eine Landwirthschaft

von ca. 200 Mg. vorm. Weizenboden 1/8 Ml. von der Kreisstadt Schröda, Winter-Einfahrt 75 Scheffel und 12 Mezen Raps ist sofort unter äußerst günstigen Bedingungen zu verkaufen. Das Nähere von dem Eigentümer unter Adresse N. N. posse rest. Nella zu erfahren.

Für Frauenfrankheiten.

Dr. Eduard Meyer in Berlin
Kronenstraße 17.

Das norddeutsche

Militair-Pädagogium.

Berlin, Schönhauser Allee 27, bereitet für alle Militair-Examina (auch für d. Reserve-Off.-Eg.) unter Garantie des Bestehens vor. Die wichtigsten modernen Sprachen, sowie Turnen, Fechten u. Exercisen wird gelehrt. Die Pension ist sehr gut, die Lage des Instituts der Gesundheit auträglich, da es rings von Gärten umgeben ist. Es sind schon über 1600 junge Leute, inkl. Derer, welche das Freiwilligen-Examen bestanden haben, vorbereitet. Junge Leute jeden Alters werden aufgenommen, können auch ohne Nachtheil täglich eintreten, da die Anstalt stets Abtheilungen hat, welche von vorn anfangen. Neue Kurse im April. Programme gratis.

v. Guretsky-Cornitz,
Hptm. a. D.

Dr. Hillisch.

Königl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasium.

Die Anmeldung neu eintretender Schüler findet, sowohl für das Gymnasium, als auch für die Vorschule

Freitag den 22. April c.

von 8—12 Uhr statt. Es muß jedoch bemerkt werden, daß Anmeldungen für Secunda, Tertia u. Quarta nicht mehr berücksichtigt werden können.

Dr. Schaper,
Director.



Zettschafe! Zettschafe.

180 Stück Zettschafe stehen auf dem Dominium **Turkowo** bei Buk zum sofortigen Verkauf.

Große Steingut-Auction.

Im Auftrage eines auswärtigen Handlungshauses werde ich Freitag, den 8. d. Mts., von früh 9 Uhr, und Montag, den 11. d. Mts., von früh 9 Uhr ab, im Auktionslokale, Magazinstraße Nr. 1, verschiedenes Steingut- u. Porzellan-Geschirr, als Töpfe, Krüge, Schüsseln, Kannen, in allen Größen, sowie verschiedene andere in diese Branche fassenden Artikel öffentlich meistbietend gegen sofortige Bezahlung verkaufen.

Rychlewski,

Königl. Auctions-Commissarius.

Bad Elster

im Königlich Sächsischen Voigtländische,
an der voigtländisch-böhmischem Staats-Eisenbahn, Linie: Reichenbach-Eger.

Eröffnung der Saison: 15. Mai.

Schluss der Saison: 30. September.

Vier alkalisch-saliniische Stahlquellen (im Civilfunde 24—28 Centigramm kohlensaures Natron, 44—147 Cgr. schwefelsaures Natron, 33—87 Cgr. Chlorinatrium, 1,9—2,8 Cgr. kohlensaures Eisenoxydal 1c)

Ein Glauber-salzsäuerling

(im Civilfunde 30 Centigramm kohlensaures Natron, 295 Cgr. schwefelsaures Natron, 75 Cgr. Chlorinatrium, 1,7 Cgr. kohlensaures Eisenoxydal 1c)

Salinischer Eisenvor, Kub- und Ziegenmolken,

Wasserbäder mit Dampfheizung.

Gesundste Lage in romantischer Waldgegend. Telegrafenstation. Postamt. Frequenz 1849: 326 Personen; 1869: 3152 Personen.

Der königliche Brunnen- und Badearzt Herr Hofrat Dr. Fleischig und die Herren

Badeärzte Dr. Beckler, Dr. Kramer, Dr. Löbner und Dr. Peters sind zu jeder in das

ärztliche Gebiet einschlagenden Auskunft bereit.

Bad Elster, im Monat April 1870.

Der Königliche Badekommissar.

Rittmeister von Heygendorff.

Preußische Hagel-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft.

Dieselbe versichert Bodenerzeugnisse gegen Hagelschaden. Die Prämien sind fest und billig. Nachschüsse werden niemals erhoben. Die Schäden werden wie in früheren Jahren coulant und unter Beziehung von Landes-deputirten regulirt und binnen Monatsfrist nach Feststellung voll und baar bezahlt. Versicherungen auf mehrere Jahre genießen einen angemessenen Prämienrabatt, welcher sofort von der Jahresprämie in Abzug gebracht wird.

Der Unterzeichnete ist zu jeder Auskunft und zur persönlichen Aufnahme von Versicherungen stets bereit und empfiehlt dem landwirthschaftlichen Publikum obige Gesellschaft ganz ergebenst.

Der General-Agent Rechnungs-Rath Ehrhardt in Posen.

Geschäftsanzeige.

Vom Monat Mai c. ab verlege ich mein Kolonialwaren-, Tabak-, Cigarren- und Wein-Geschäft in das Grundstück des Posthalters Herrn Steffenhagen, und verbinde dasselbe mit einer feinen

Restauration.

Auch empfiehle die Räumlichkeiten und Stallungen dem reisenden Publikum und bitte, das mir bisher gütigst geschenkte Vertrauen und Wohlwollen mir auch fernerhin zu Theil werden zu lassen.

Mogilno, im April 1870.

Ewald Rudolph.

Dachpappe

ist von heute ab stets zu haben in meiner hier angelegten Fabrik am Bahnhofe oder auch in meiner Wohnung auf der Neustadt Nr. 183. Gnesen, im April 1870.

C. Schroeder.

Waldsamen und

Waldpflanzen,

sowie Bäume und Sträucher zu Parkanlagen verkauft billig von bekannter Güte und sendet auf Verlangen Preiss-Verzeichnisse gratis.

H. Gaertner

in Schönthal b. Sagan in Nied.-Schlesien.

50 Stück

starke kanadische Pappeln und ca. 200 Ctr. Spiegelborke verkauft das Dominium Lopienno.

Wirth.

Auf dem Dom. **Welna** bei Rogasen sind wegen Auflösung des Gewächshauses sämtliche Kalthaus-Pflanzen zu verkaufen.



Reinblättrige Stiere stehen in meiner original Holländische-Bollblut-Schweineherde zum Verkauf.

Bischofsburg a. W., nur 3½ Meile von Breslau entfernt, im April 1870.

Herrn. v. Nathusius.

Elegante Promenaden-Fächer, Sonnenschirme und Herrenhüte zu außergewöhnlich billigen Preisen bei **Russak & Czapski,** Markt 82.

Eine neue Sendung
Strohhüte
empfing und empfiehlt die Blumenfabrik von

E. Lanz,

Wilhelmsstraße Nr. 17.

Sonnenschirme
aller Art auffallend billig bei
Isaac Plessner.



Erster
Wiener und Prager
Schuh- und Stiefel-
Bazar

bei **S. Tucholski,**
Wilhelmsstraße 10.

"Williams Archimedea"
für diese neuest erfundene und von allen Maschinen als praktisch anerkannte

"Grasmähmaschine"
suche ich gegen angemessene Provision und
compte ante Zahlung einen respektablen Verkäufer für die Provinz Posen

Hermann Röhlig
in Hamburg.

Auf dem Dom. Rudki bei
Obornik stehen

2 offene Kutschwagen,
einer mit, einer ohne Federn, billig
zum Verkauf.

Gardinen

in größter Auswahl billigst
bei

Max Heimann,

vorm. Z. Zadek & Co.,

5 Neuestraße 5.

Strümpfe

in allen Gattungen,

Knittricker

(Beinlängen),

Estremadura

billigst bei

Max Heymann,

vorm. Z. Zadek & Co.,

5 Neuestraße 5.

Herren-Hüte

in bekannter bester Qualität
empfiehlt zu billigen Preisen.

Isaac Plessner.

Ein gutes Piano ist billig zu vermieten bei **H. Droste**, große Gerberstraße 28.

Ein Pianino

wird leihweise gesucht.
Schlesinger'sche Buch- u. Musikalien-Handlung, Wilhelmsstr. 25.

Kluppen

und Bohrer nach Whitworth in de
Fabrik von

Aug. Hamann, Berlin, Kaiserstr. 44

Ein Sekundaner kann in der rothen Apotheke als Lehrling eintreten.
Die Kunys-Heilstätte
in Charlottenburg.
Heinrich Meyer & Co.

Brüche Hamburger Speckküllinge empfiehlt
als seine Delikatessen **Hetschoff**.

An Magenkrampf, Verdauungs schwäche u. c. Leidenden wird das fast 50 Jahre segensreich wirkende Dr. med. Doecks'che Heilmittel empfohlen. Schrift darüber gratis in der Exp. d. Bl. Das Mittel ist nur direkt zu beziehen durch Apotheker Doeck, Harpstedt bei Bremen (früher Barnstorff).

Migräne (Kopfschmerz), auch die schlimmsten Fälle, heile ich sicher durch ein erprobtes zuverlässiges Mittel, welches ich auch nebst Kürbericht à 2 Thlr. versende. Eine Broschüre über Migräne und ihre sichere Heilung steht einer Anzahl Dank- und Erinnerungsschreiben ver sende ich auf Anforderung franco u. gratis. Dr. med. Kriebel, Ritterstr. 25, Berlin.

Gute geräucherte **Schinken** in großer Auswahl empfiehlt billig A. Schultze, Bergstr. 15.

Gute geräucherte Schinken, microscopisch untersucht, Cervelatwurst aus Kindfleisch empfiehlt zum bevorstehenden Osterfest O. Menzel, Mühlenstraße 19.

F. D. Schnabel in Danzig, Seefischhandlung, versendet billig alle Fischsorten.

Lotterie.

Die Erneuerung der Lotterie zur 4. Klasse 14 Kl. Klasse-Lotterie soll bei Verlust des Anspruchs bis zum 10. April c. Abends 6 Uhr, planmäßig geschehen, da der 10. jedoch auf Sonntag fällt, so tritt die Präsentation erst Montag den 11. April, Abends 6 Uhr, ein. Posen, den 7. April 1870.

Der königliche Lotterie-Ober-Einnehmer Fr. Bielefeld.

Beachtenswerthe Anzeige! Dem Hauptloose-Debit des bekannten Hauses S. Steindecker & Co. in Hamburg wird wiederum eine große Anzahl Haupttreffer zu Theil. Nun steht eine große Capitalien-Verloosung nahe bevor und werden hierzu die Original-Staatsloose à Thlr. 2, Thlr. 1 und 15 Sgr. von diesem Hause im heutigen Blatte bestens empfohlen.

Preußische Lotterie $\frac{1}{2} - \frac{1}{2}$ verlendet Berlin, Molenmarkt 14.

Wilhelmsstraße 13 ist vom 1. Oktober c. an das bisher Schleißche Geschäftsallok zu vermieten.

1 oder 2 sehr hübsche möblierte Zwei- und Dreizimmer nach vorn heraus mit 1 oder 2 Seiten sind Breslauerstraße zu vermieten. Näheres bei R. Lubczyński, Wilhelmsstraße 24, vis-à-vis der Beelitz'schen Conditorei.

Mühlenstraße 12 ist eine große Kellerwohnung, in welcher seit Jahren Restaurationsgeschäft betrieben wurde, sofort zu vermieten. Näheres beim Besitzer, Gr. Gerberstraße 41.

Auf dem Dom. Borówko bei Czempin ist die Stelle eines verheiratheten Försters sofort oder zum 1. Juli zu besetzen. Persönliche Meldung.

Offene Commis-Stelle. Für mein Material- und Farbwaren-Geschäft ein gros & detail such ich zum sofortigen Antritt einen tüchtigen Commis, gewandten Verkäufer, mos. Konfession. M. Wassermann in Posen.

Das Dom. Chludowo sucht von Johanni einen mit den nöthigen Schulkenntnissen versehenen Wirtschafts-Eleven.

Körten-Telegramme.

Bis zum Schluss der Zeitung ist das Berliner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Schandke's Guhrauer Brust-Pastissen

auch Nettig-Bonbons genannt, welche sich vor allen derartigen Fabrikaten durch ihre Güte und schnelle Wirkung auf's Vortheilhafteste auszeichnen, haben einen bis ins Ausland verbreiteten Ruf erlangt, indem dieselben sich als sicherstes Mittel gegen katarrhalische Nebel, Husten, Heiserkeit, Rauheit im Halse, Verschleimung u. c. bewährt und in allen solchen Fällen reizend, lindernd und wohltuend einwirken. Niederlagen sind in den meisten Städten bereits vorhanden und werden solche noch fortwährend abgegeben.

C. Schandke.

ין כשר עיל פסט בחכש

Zum bevorstehenden Osterfeste empfehlen mir unser wohl auffirtetes Lager herber und süßer Ober-Angarweine, sowie Franz- u. Muscat-Weine zu soliden Preisen.

Posner & Cohn,

Weingroßhandlung.

Original-Staats-Loose sind überall zu kaufen und zu spielen erlaubt.

Man biete dem Glücke die Hand!

250,000

als höchsten Gewinn bietet die neueste grosse Geld-Verloosung, welche von der hohen Regierung genehmigt und garantirt ist.

Es werden nur Gewinne gezogen und zwar plangemäß kommen in wenigen Monaten 28,900 Gewinne zur sicheren Entscheidung, darunter befinden sich die Haupttreffer von 250,000, 150,000, 100,000, 50,000, 40,000, 30,000, 25,000, 2 mal 20,000, 3 mal 15,000, 4 mal 12,000, 4 mal 10,000, 5 mal 8000, 7 mal 6000, 21 mal 5000, 35 mal 3000, 126 mal 2000, 205 mal 1000, 255 mal 500, 350 mal 200, 13,200 mal 110 etc.

Die nächste Gewinnziehung dieser grossen vom Staate garantirten Geld-Verloosung ist amtlich festgestellt und findet

schnell am 20. April 1870 statt

und kostet hierzu

1 ganzes Original-Staats-Loos nur Thlr. 2 — Sgr.

1 halbes " " " " 1, —

1 viertel " " " " 1, —

gegen Einsendung, Posteinzahlung oder Nachnahme des Betrages.

Alle Aufträge werden sofort mit der grössten Sorgfalt ausgeführt und erhalten Jedermann von uns die Original-Staats-Loose selbst in Händen.

Den Bestellungen werden die erforderlichen amtlichen Pläne gratis beigegeben und nach jeder Ziehung senden wir unsern Interessenten unanfänglich amtliche Listen.

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt stets prompt und kann durch direkte Zusendungen oder auf Verlangen der Interessenten durch unsere Verbindungen an allen grösseren Plätzen Deutschlands veranlasst werden.

Unser Debit ist stets vom Glücke begünstigt und hatten wir erst vor kurzem wiederum unter vielen anderen bedeutenden Gewinnen 3 mal die ersten Haupttreffer in 3 Ziehungen laut offiziellen Beweisen erlangt und unseren Interessenten selbst ausbezahlt.

Voraussichtlich kann bei einem solchen auf der solidesten Basis gegründeten Unternehmen überall auf eine sehr rege Beteiligung mit Bestimmtheit gerechnet werden, man beliebe daher schon der nahen Ziehung halber alle Aufträge baldigst direct zu richten an

S. Steindecker & Comp.,

Bank- und Wechsel-Geschäft in Hamburg.
Ein- und Verkauf aller Arten Staatsobligationen, Eisenbahn-Actien und Anlehnsloose.

Die Blumenfabrik

von E. Lanz,

Wilhelmsstr. 17,

sucht Arbeiterinnen zum sofortigen Antritt gegen Bezahlung.

Soe Lehrlinge sucht A. Heintze, Bäckermeister, Bronkerstraße 5.

Eine tüchtige Wirthschafterin wird zu Johanni gesucht. W. v. G. P. poste restante Samter.

Bei Herannahen der Zeit, in welchem Wirtschaftsbeamte gewöhnlich gewechselt werden, machen wie die Herren Gütsbecker und Pächter sowohl grösserer als auch kleinerer Besitzungen, ungeachtet ob sie Mitglieder des Vereins sind, darauf aufmerksam, daß in unserem Bureau (Barlebenhof Nr. 1) die Liste und Adressen dieser Beamten und zugleich Mitglieder unseres Vereins durchgesehen werden können, welche sofort oder auch zu Johanni d. J. einen Dienst für sich zu bekommen wünschen. Auf Verlangen können diese Adressen den Hrn. Brodherrn zur Durchsicht auch ins Haus geschickt werden. Wir hoffen, daß diese Adressen jedem Verlangen entsprechen können, bemerken aber zugleich, daß der Zweck unseres Vereins nur dadurch erreicht werden kann, wenn die Brodherrn ihre Wirtschaftsbeamten vor allem aus unserem Vereine für sich wählen werden.

Posen, den 5. April 1870.

Das Direktorium des Vereins zur Unterstützung von Landwirthschafts-Beamten.

Im Auftrage. E. v. Kierseki.

Bis zum Schluss der Zeitung ist das Berliner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Stettin, den 7. April 1870. (Marcuse & Maass.)

Not. v. 6.

Weizen, matter.

Frühjahr 62½

Juni-Juli 63½

Juli-August 64½

Roggen, flau.

Frühjahr 44

Juni-Juli 45

Juli-August 45½

Spiritus, ermittelnd.

Frühjahr 15½

Juni-Juli 15½

Juli-August 15½

Rübbel, flau.

Frühjahr 14½

April-Mai 14½

Sept.-Okt. 12½

13½

Not. v. 6.

Ein gut empfohlener deutscher unverheiratheter

Brenner

findet auf dem Dom. Colun bei Budewitz zum 1. Juli c. Stellung. Bewerber belieben ihre Adressen abschriftlich portofrei einzusenden.

Ein verheiratheter Wirtschafts-Inspектор, dem gute Empfehlungen zur Seite stehen, sucht vom 1. Juli d. J. ab Stellung. Abreise unter A. N. in die Exped. d. St. erbeten.

Ein gebildetes junges Mädchen (e.) sucht zu Johanni oder bald eine Stelle zum Unterricht der Muſt und in den ersten Anfangsgründen, sowie zur Unterſützung der Hausfrau. Nähere Auskunft durch Hrn. Maurermeister W. Lutz in Neutomysl.

Der Handlungs-Commis Bruno Krug, welcher bei Nacht und Nebel seine Stellung ohne Rücksicht bei mir verlassen, wird erachtet, mir sofort seinen Aufenthaltsort anzugeben und seinen Verpflichtungen gegen mich nachzukommen.

W. F. in 8.

Inserat.

Am 5. April c. in Rogasen abgehaltenen Jahrmarkt, ist mir eine aus Leder bestehende Brieftasche, in welcher ein gestempelter Wechsel über 100 Thlr. zahlbar bei der Magdeburger Bank, ferner ein Seyn-Thaler-Kassetten und verschließene Papiere liegen, verloren gegangen. Dem ehrlichen Finder, welcher mir dieses wiedergibt, sehe ich eine angemessene Belohnung aus und warne jeden, den Wechsel an sich zu bringen, weil ich bereit der Bank davon Angelege gemacht habe.

Friedrich Schendel, Gastwirth in Wongrowiec.

Saison-Theater in Posen.

Donnerstag den 7. April. Vorlese Opern-Vorstellung in dieser Saison. Zum zweiten Male: Die beiden Schützen.

Komische Oper in 3 Akten von Albert Vorzing.

Volksgarten-Saal.

Heute Donnerstag den 7. April.

Ohne Tabakrauch großes Konzert u. Vorführung der Steh'chen

Wandelbilder.

(Durchweg neu.)

Entrée an der Kasse 5 Sgr. Tagesbillets

3 Sgr. — Anfang 7 Uhr.

Den geehrten Damen besonders zur Nachricht, daß während der heutigen Vorstellung im Lokale nicht geraucht werden darf.

NB. Künftigen Montag zum letzten Male:

Wandelbilder.

Entrée 5 Sgr.

Nur noch bis Sonntag

den 10. d. M.

ist das Modell einer der geneigten Ebenen des Oberländischen Kanals im

Saale des Herrn Lambert

täglich von 5 bis 9 Uhr Nachmittags zur Ansicht gestellt. Von Stunde zu Stunde wird eine faszinierende Erklärung gegeben.

Entrée 5 Sgr.

Kinder die Hälfte.

Um zahlreichen Besuch bittet A. Stark.

Sapieha-Platz.

Antonio Crassé's neuestes und größtes anatomisches

Museum,

enthaltend 492 lebensgroße Wachs-präparate und 71 Naturgegenstände aus dem Gebiete des Körperlebens des Menschen, täglich von 9 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends für erwachsene Männer und

Damen gleichzeitig zu sehen;

dann jeden Dienstag und Sonnabend von 2 Uhr Nachmittags bis 7 Uhr Abends ausschließlich für Damen (allein) und dann wieder von 7 bis 9 Uhr Abends für Herren und Damen gleichzeitig.

Entrée 5 Sgr.

Militär ohne Charge die Hälfte.

Wild-Schweinebraten bei H. Seiffert, Wallischel 91.

Heute Abend Eisbeine bei A. Krußner, Wallischel 3.

Den zweiten Transport Gräzer Märzen habe ich soeben erhalten und kann denjenigen Kunden, welche von dem ersten Transport kein Bier bekommen haben, jenes jetzt abgeben.

Gleichzeitig zeige ich hiermit an, daß für den ganzen Sommer aus meinem großen Eiskeller Gräzer Märzen-Bier auf Flaschen zu haben sein wird.

Wongrowiec, den 4. April 1870.

Julius Kunkel.

Familien-Nachricht.

Die Verlobung unserer ältesten Tochter Emma mit dem Kaufmann Herrn Herrmann Lubszynski aus Berlin beeindruckt sich hierdurch ergeben zu anzeigen.

Posen, den 7. April 1870.

Wolff Caro und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:

Emma Caro,

Herrmann Lubsz

Produkten-Börse.

Berlin, 6. April. Wind: Süd. Barometer: 28⁴. Thermometer: 10° +. Bitterung: schön. Roggen wurde heute bei Beginn der Börse lebhaft begegnet und die Käufer fügten sich willig den neuordnungs etwas erhöhten Forderungen. Nicht voll so hoch wie gestern ist der schlesische Standpunkt der heutigen Preise. Loco war sehr wenig angeboten, Eigner erhielten dahor feste Forderungen. — Roggen im ehl billiger. — Weizen etwas matter. Bekündigt 6000 Ctr. Kündigungspreis 60 R. — Hafer loko fest. Termine nicht voll beauptet. Bekündigt 3000 Ctr. Kündigungspreis 25¹ R. — Rübdö! im Allgemeinen etwas matter, nur April-Mai-Lieferung ist schließlich wieder so hoch wie gestern. — Spiritus anfänglich etwas besser bezahlt, schließt mit größerem Angebot matt. — Weizen loko pr. 2010 Pfd. 52—66 R. nach Qualität, pr. 2000 Pfd. per diesen Monat. — April-Mai 60 a 59¹ R. b., Mai-Juni 60 b., Juni-Juli 61¹ a 61 b., Juli-August 62¹ a 62 b., Roggen loko pr. 2000 Pfd. 45¹ a 46¹ R. b., per diesen Monat. — April-Mai 46 a 45¹ b., Mai-Juni do., Juni-Juli 47¹ a 46¹ b., Juli-August 47¹ a 47 b., Sept.-Okt. 47¹ b., — Gerste loko pr. 1750 Pfd. 30—44 R. nach Dual. — Hafer loko pr. 1200 Pfd. 23—27¹ R. nach Qualität, 24 a 26¹ b., per diesen Monat. — April-Mai 26 a 25¹ b., Mai-Juni 26 a 26 b., Juni-Juli 27 a 26¹ b., Juli-August 27 a 27 b., Aug.-Sept. 28 b., — Erbsen pr. 2250 Pfd. Rohware 50—55 R. nach Dual. Butterware 42—47 R. nach Qualität. — Leinöl loko 12 R. — Rübdö! loko pr. 100 Pfz. ohne Fett 14¹ R. b., per diesen Monat 14¹ R. b., April-Mai 14¹ a 15 b., Mai-Juni 14¹ a 15¹ b., Juni-Juli 15¹ a 15 b., Juli-August 15¹ a 15 b., Sept.-Okt. 15¹ b., — Gerste loko pr. 1000 Pfd. 8000 Kr. loko 14¹. Weizen pr. April 59. Roggen pr. April-Mai 43¹, pr. Juni-Juli 45, pr. Juli-August 45¹. Rübdö! loko 14¹, pr. April-Mai 13¹, pr. September-Oktober 12¹. Rother Kleesaamen sehr matt, weißer do. fester. Bins fest.

Bremen, 6. April. Petroleum, Standard white unverändert, loko 6¹ R. pr. März-April-Abladung 6¹, pr. Septbr. zu 6¹. Hamburg, 6. April. Kärem. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loko und Weizen auf Termine fester, Roggen auf Termine fest. Weizen pr. April 6400 Pfd. netto 108¹ Bantohaler Br., 108 Gd., pr. Mai-Juni 127-pfd. 110 Br., do. 125-pfd. 107¹ Br., 106¹ Gd., pr. Juni-Juli 127-pfd. 112 Br., 111 Gd., do. 125-pfd. 109 Br., 108 Gd., pr. Juli-August 2000 Pfd. Brutto 126 Br., 125 Gd. Roggen pr. April 5000 Pfd. Brutto 81 Br., 80 Gd., pr. Mai-Juni 81 Br., 80 Gd., pr. Juni-Juli 82¹ Br., 82 Gd., pr. Juli-August 2000 Pfd. in Mt. Banco 101 Br., 100 Gd. Hafer unverändert. Gerste ruhig. Rübdö! ruhiger, loko 30, pr. April 29¹, Mai 29¹, pr. Oktober 27¹. Spiritus ruhig, loko 20¹, pr. April 20¹, pr. Mai 19¹, pr. Juni-Juli 20¹. Kaffee fest. Petroleum fest und unverändert. Standard white, loko 15 Br., 14¹ Gd., pr. April 14¹ Gd., pr. August-Dezember 15¹ Gd. — Sehr schöner Wetter.

London, 6. April. Getreidemarkt (Anfangsbericht). Fremde Befuhren seit gestern Montag: Weizen 3340, Gerste 1860, Hafer 11,940 Quartiers. In allen Artikeln schleppendes Geschäft zu nominalen Montagspreisen. — Ölwind.

London, 6. April. Getreidemarkt (Schlußbericht). In allen Artikeln fortwährend schleppendes Geschäft. Preise nominell und gegen letzten Montag unverändert. — Wetter schön.

Liverpool, 6. April. Kärem. (Von Springmann & Co.) Baumwolle 12,000 Ballen Umsatz Ruhiger. Tagesimport 2964 Ballen, keine ostindische, amerikanische 239 Ballen.

Middling Orieens 11¹, middling Amerikanische 11¹, fair Dhollerah 9¹, middling fair Dhollerah 9¹, good middling Dhollerah 9, fair Bengal 8, New fair Domra 9¹, good fair Domra 10, Pernam 11¹, Smyrna 10¹, Egyptische 12.

Paris, 6. April. Nachmittags. Rübdö! pr. April 124, 25, pr. Juli-August 112, 00, pr. Septbr. Dezember 109, 50. Br. 56, 25, pr. Juli-August 58, 50, pr. Septbr. Dezbr. 58, 50. Spiritus pr. April 61, 00. — Wetter schön.

Die Börsen-Kommission.

Breslau, 6. April. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaam. rothe sehr matt, ordinär 11¹—12¹, mittel 13—14¹, fein 15—16, hochfein 16¹—17. Kleesaam, weiße etwas fester, ordinär 16¹—17¹, mittel 18¹—21, fein 23—25, hochfein 26—27¹. — Roggen (p. 2000 Pfd.) pr. April und April-Mai 42¹—43¹ a 43¹ b., u. Gd., Mai-Juni 43¹ a 43¹ b., Juni-Juli 44¹ b., schließlich 44¹ Gd., 45 Br., Juli-August 45¹ b., u. Gd., Aug.-Sept. und Sept.-Okt. 46¹ Gd. — Weizen pr. April 59 Br. — Gerste pr. April 41 Br. — Hafer pr. April 43¹ b., u. Gd. — Lupinen p. 90 Pfd. 66—61 Gs., Butterware 48—52 Gs. — Rübdö! Anfangs höher, gleich matter, loko 14¹ Br., pr. April 14¹ b., April-Mai 14—13¹ b., Mai-Juni 14 Br., Sept.-Okt. 12¹—13¹ b., — Kärem. loko pr. Gt. 66—68 Gs. — Leinuchen pr. Gt. 79—81 Gs. — Spiritus fest, loko 14¹ Br., 14¹ Gd., pr. April u. April-Mai 14¹ b., Mai-Juni 14¹ b., u. Gd., Juni-Juli 15¹ Gd., Juli-August 15¹ Gd., August-Sept. 15¹ Br. Vor der Börse Sept.-Okt. 13 b., — Bins fest.

Breslau, 6. April. Die Börse war heute Anfangs auf gute auswärtige, besonders Wiener Käremnotierungen war die Börse besonders für österreich. Kredit, in günstiger Stimmung bei ca. 2 Thlr. höherem Kärem, die übrigen Spekulationspapiere wenig beansprucht. Von Bahnen Rechte Öder-Ufer belebt und höher. Per ult. fix: Rechte Öder-Ufer 89—90 bez., Lombarden 126¹ bez., österr. Kredit 156¹ bez. Offiziell gekündigt: 45,000 Quart. Spiritus und 500 Ctr. Hafer. Kontraktlich erklärt: 3000 Ctr. Roggen Nr. 311, 317 und 319. Unkontraktlich waren: 2000 Ctr. Roggen Nr. 318 und 316. [Schlußkurse.] Österreich. Loos 1860 —. Itineraria —. Schlesische Bank 122¹ B. Österreich. Kredit-Banknoten 156¹ B. Oberösterreichische Prioritäten 72¹ G. do. do. 82 G. do. Lit. F. 88¹ G. do. Lit. H. 87¹ b. Rechte Öder-Ufer-Bahn St. Prioritäten 96¹—12¹ b. u. B. do. Lit. H. 87¹ b. Rechte Öder-Ufer-Bahn 90 b. Rossl-Oderberg —. Amerikaner 96¹ b. Italienische Anleihe 55 G.

Berlin, 6. April. Die Börse war heute Anfangs auf gute auswärtige, besonders Wiener Käremnotierungen sehr lebhafte Geschäft in diesen Papieren. Von anderen Spekulationspapieren waren Eisenbahnen und Banken blieben im Ganzen still und tendenlos. Inländische Bonds waren behauptet, Pfand- und Rentenbriefe begehrt; deutsche zum Theil etwas höher; österreichische Bonds mehrfach besser, aber still; von Russen waren Prämienanleihen belebt und höher. 1862er englische Anleihe in mäßigem Verkehr, die anderen fest, aber still. Inländische Prioritäten waren fest, aber nicht so belebt als in den letzten Tagen; russische gut zu lassen, besonders Smolensk, österreichische etwas matter, Amerikaner belebt und sehr fest.

Sonds- u. Aktienbörsen.

Berlin, den 6 April 1870.

Ausländische Bonds.

	Deutsche Metalliques	6 ¹ b. G	Berlin-Stettin	1 ¹ —	Charlottenburg	6 ¹ b. G	Nordh.-Gef. gar.	4	74 ¹ G
do. National-Inv.	—	—	do. II. Gm. 4	80 b.	Triez-Boron.	6 ¹ b. G	Nordh.-Gef. Gi.-Pr.	5	84 ¹ b.
do. 250 G. Br. Ob.	4	74 ¹ B	do. III. Gm. 4	80 G	Kozlom-Boron.	6 ¹ b. G	Oberh.-Gef. v. St. gar.	3	82 ¹ B 25%
do. 100 G. Kred. S.	5	79 ¹ b.	do. IV. Gm. 4	91 ¹ b.	Kursl.-Charl.	6 ¹ b. G	Oberh.-Gef. Lit. A. n. O.	3	165 ¹ G
do. 1856, 55, A.	4	93 ¹ b.	do. VI. Gm. 4	80 G	Kursl.-Krem.	6 ¹ b. G	Lit. B.	3	150 ¹ b.
do. 1867	4	93 ¹ b.	do. VII. Gm. 4	87 ¹ G	Kozl.-Rajzen	6 ¹ b. G	Defr.-Grau.-Staats.	5	— ult. 217 ¹
do.	93 ¹ b.	93 ¹ b.	do. VIII. Gm. 4	96 ¹ b.	Rajzen-Rozlow.	6 ¹ b. G	Defr.-Grau.-Staats.	5	127 ¹ —136 ¹ b. G
do.	92 ¹ G	92 ¹ G	do. IX. Gm. 4	105 G	Grau.-Rozow.	6 ¹ b. G	Stargard.-Posen	4	127 ¹ —136 ¹ b. G
do.	93 ¹ b.	93 ¹ b.	do. X. Gm. 4	117 G	do. X. Gm. 4	101 G	do. St.-Prior.	5	126 ¹ G
do.	82 ¹ G	82 ¹ G	do. XI. Gm. 4	123 G	do. XI. Gm. 4	82 ¹ G	Rechte Öder-Ufer.	5	89 ¹ b.
do.	82 ¹ G	82 ¹ G	do. XII. Gm. 4	96 G	do. XII. Gm. 4	84 ¹ b.	do. do. St.-Pr.	5	96 ¹ b.
do.	82 ¹ G	82 ¹ G	do. XIII. Gm. 4	102 ¹ G	do. XIII. Gm. 4	84 ¹ b.	Reichs-Eisenbahn	4	23 ¹ G
do.	82 ¹ G	82 ¹ G	do. XIV. Gm. 4	96 ¹ b.	do. XIV. Gm. 4	85 ¹ b.	Russ.-Glied.-Eisenb.	4	91 ¹ G
do.	82 ¹ G	82 ¹ G	do. XV. Gm. 4	103 G	do. XV. Gm. 4	84 ¹ G	Stargard.-Posen	4	93 G
do.	82 ¹ G	82 ¹ G	do. XVI. Gm. 4	103 G	do. XVI. Gm. 4	84 ¹ G	Thüringer	4	132 ¹ G
do.	82 ¹ G	82 ¹ G	do. XVII. Gm. 4	103 G	do. XVII. Gm. 4	84 ¹ G	do. B. gar.	4	125 ¹ G
do.	82 ¹ G	82 ¹ G	do. XVIII. Gm. 4	103 G	do. XVIII. Gm. 4	84 ¹ G	Warschau-Bremb.	4	80 b. fl. 57 ¹ b.
do.	82 ¹ G	82 ¹ G	do. XIX. Gm. 4	103 G	do. XIX. Gm. 4	84 ¹ G	do. Wiener	5	56 ¹ b.
do.	82 ¹ G	82 ¹ G	do. XX. Gm. 4	103 G	do. XX. Gm. 4	84 ¹ G	Gold, Gilde und Papiergeb.	—	—
do.	82 ¹ G	82 ¹ G	do. XXI. Gm. 4	103 G	do. XXI. Gm. 4	84 ¹ G	Friedrichsbor.	—	113 ¹ G
do.	82 ¹ G	82 ¹ G	do. XXII. Gm. 4	103 G	do. XXII. Gm. 4	84 ¹ G	Golds-Kron.	—	9 ¹ G
do.	82 ¹ G	82 ¹ G	do. XXIII. Gm. 4	103 G	do. XXIII. Gm. 4	84 ¹ G	Reichsbor.	—	112 ¹ G
do.	82 ¹ G	82 ¹ G	do. XXIV. Gm. 4	103 G	do. XXIV. Gm. 4	84 ¹ G	Gouverneur.	6.	25 G
do.	82 ¹ G	82 ¹ G	do. XXV. Gm. 4	103 G	do. XXV. Gm. 4	84 ¹ G	Rapoleong'ster.	—	5. 124 ¹ G
do.	82 ¹ G	82 ¹ G	do. XXVI. Gm. 4	103 G	do. XXVI. Gm. 4	84 ¹ G	467 etw. b.	467 etw. b.	—
do.	82 ¹ G	82 ¹ G	do. XXVII. Gm. 4	103 G	do. XXVII. Gm. 4	84 ¹ G	Dollars	1.	124 ¹ et. b.
do.	82 ¹ G	82 ¹ G	do. XXVIII. Gm. 4	103 G	do. XXVIII. Gm. 4	84 ¹ G	Gilber pr. Börs.	—	29. 24 G
do.	82 ¹ G	82 ¹ G	do. XXIX. Gm. 4	103 G	do. XXIX. Gm. 4	84 ¹ G	R. Gäch. Kass.-K.	—	99 ¹ G
do.	82 ¹ G	82 ¹ G	do. XXX. Gm. 4	103 G	do. XXX. Gm. 4				